

Hitlertum in Luxemburg

1933-1944

Beiträge zur Zeitgeschichte

Henri KOCH-KENT

Jean HAMES

Francis STEFFEN

Einleitung

Am 14. Mai 1972 fand in Walferdingen der Kongreß der Association des Enrôlés de Force, Victimes du Nazisme statt. Seit Jahren enthält das Programm eine «Séance Académique». Das diesjährige Thema lautete: «L'Histoire contemporaine luxembourgeoise». Nicht von ungefähr war dieses Thema gewählt worden, denn seit der Gründung unserer Vereinigung wird geschichtliche Aufklärung gefordert. Leider muß festgestellt werden, daß in dieser Hinsicht reichlich wenig von unseren Verantwortlichen unternommen wurde, trotzdem diese Forderung auch von anderen Organisationen immer wieder vorgebracht wird. Als Beispiel sei hier nur die Resolution vom 22. 2. 1970 der «Association des Anciens Combattants luxembourgeois de la Guerre 1939-1945 et des Forces des Nations-Unies» erwähnt, die von Henri Koch-Kent eingereicht worden war:

«L'AACL, réunie en Assemblée Générale, prie Monsieur le Ministre de l'Education Nationale de faire procéder, dans les manuels d'histoire destinés aux écoles, à l'élimination des affirmations erronées qui en compromettent le caractère d'objectivité. De plus elle attire l'attention de Monsieur le Ministre sur les lacunes qui constituent des péchés d'omission, surtout pour ce qui est de l'histoire de la Deuxième Guerre Mondiale et du rôle joué par la Résistance, armée ou non.»

Man fragt sich also, warum diese Aufklärung unterlassen oder vielleicht absichtlich verschwiegen wird. Haben die heutige Jugend, wie auch kommende Generationen kein Recht auf das Wissen um unsere jüngste Vergangenheit? Schleier verhüllen noch manche Begebenheiten. Geheimnisse über gewisse Vorkommnisse scheinen besonders hartnäckig gehütet zu werden. So ist z. B. nicht erwiesen, ob die großherzoglichen Vorkriegsregierungen sich der tödlichen Gefahr bewußt waren, die unser Land ab 1933 bedrohte. Von Anfang an wurden unsere verantwortlichen Minister über die politischen Umsturzpläne der Nazis unterrichtet, wie sie auch später von Hitlers militärischen Absichten gegen das Großherzogtum auf dem laufenden gehalten worden sind. Dies geht aus einem Geheimbefehl der 1. Panzerdivision hervor, vom 24. April 1940, der allerdings unbeachtet blieb, wie ebenfalls gleichartige Warnungen. (siehe Anhang).

Aus diesen und anderen Gründen durfte Pitt Hallsdorf, Präsident der Walferdinger Sektion, nachdem er einen historischen Rückblick über das «Institut pédagogique», wo die Versammlung stattfand, gegeben hatte, in seiner Begrüßungsansprache folgendes sagen:

Heute, 28 Jahre nach Kriegsende, werden durch das Leben im Ueberfluß und im Amusement das Leid der Jahre 1940-1945 in den Hintergrund gedrängt. Dem sei auch gut so. Doch sollten wir nicht vergessen, was sich damals zutrug. Wir müssen mithelfen, die heutige Jugend im luxemburgischen Geiste zu erziehen. Wir dürfen unsere Kinder nicht im Unklaren lassen über all das, was während des letzten Krieges im Großherzogtum geschah. Sie sollen wissen, mit welchen schweren Opfern die Freiheit wieder erkämpft wurde, in der sie heute leben. Ihre Aufgabe ist es, diese Freiheit zu sichern mit allen Mitteln des Wissens und Könnens. Wir sollten uns vom Gedanken leiten lassen, daß wir geboren wurden, um eine Aufgabe zu erfüllen. Auch sollen wir die Welt in einem besseren Zustand verlassen, als wir sie bei unserer Geburt vorfanden.

Zu unserem Auftrag gehört, daß wir die heranwachsenden Generationen mit den Gegebenheiten der Vergangenheit vertraut machen, um ihnen zu erlauben, die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Gerade die Zwangsrekrutierten haben in dieser Hinsicht vorbildlich zu wirken. Sie sollten das Zusammenhalten, jene im Krieg gewachsene Solidarität aller Bürger, beispielhaft vorleben. Nur so sei es möglich, einig und brüderlich zusammen zu leben, frei von allem Zwist, Hader oder gar Haß. Das sei das eigentliche Vermächtnis jener, für die überall im Lande Totenmale errichtet wurden.

Zur Behandlung der zeitgeschichtlichen Fragen aus den Jahren 1933 bis 1944 hatten folgende Redner sich bereit erklärt:

Henri Koch-Kent, Journalist und Autor des Buches «10 mai 1940 en Luxembourg»;

Jean Hames, Mitglied des Zentralvorstandes des Verbandes und der Vereinigung der Zwangsrekrutierten.

Francis Steffen, Autor des Werkes «Och ëng Spicht vum Réner».

Aus Zeitgründen mußten die Referenten sich notgedrungen in ihren Vorträgen auf wesentliche Punkte beschränken. Henri Koch und Jean Hames lieferten das Tatsachenmaterial. Francis Steffen zog die Schlußfolgerungen.

Die Referate fanden bei den Delegierten einen solchen Anklang, daß sie den Wunsch an den Zentralvorstand vortrugen, dieselben nicht nur im Verbandsorgan «Les Sacrifiés» zu publizieren, sondern ebenfalls in Form einer Broschüre. Diese Veröffentlichung hat zudem den Vorteil, einem größeren Publikum die Ausführungen unserer Freunde zugänglich zu ma-

chen. Gleichzeitig ist sie als eine Bereicherung der Geschichte unseres Landes zu betrachten, sowie als Diskussionsbasis für weitere Forschungen auf einem Gebiet, wo bisher Geheimnistuerei wucherte und eine Art von «Conspiration du silence» der Wahrheit Einhalt zu gebieten versuchte.

Es freut mich besonders, daß mit dieser Broschüre ein greifbarer Beitrag seitens unserer Vereinigung geleistet wurde, um der Wahrheit zu dienen. Für ihre uneigennützig Leistung möchte ich unseren verdienstvollen Rednern im Namen aller Kameraden und Freunde meinen herzlichen Dank aussprechen.

Jos Weirich

Président de l'Association des
Enrôlés de Force, Victimes du Nazisme.

Vortrag von Henri KOCH-KENT

In dem Zeitraum von 1933 bis 1944 waren zwei Männer hauptverantwortlich für die Luxemburger Politik.

Staatsminister Bech stand bis 1937 an der Spitze einer schwarz-blauen Regierung. Nach dem Referendum über das Maulkorbgesetz wurde Pierre Dupong Staatsminister an seiner Stelle. Er blieb jedoch als Außenminister in der neuen schwarz-roten Koalitionsregierung.

Ueber das politische Geschehen dieser Zeit liegen kaum dokumentarische Berichte vor. Wer über diese Vorkriegszeit Klarheit gewinnen will, ist auf sein persönliches Zeugnis angewiesen. Er muß berichten, was er selber gehört, gesehen und miterlebt hat.

Es gibt noch immer kein luxemburgisches Geschichtsbuch, das dem Volk eingehend und sachlich erklärt, wie es zur Katastrophe vom 10. Mai 1940 gekommen ist. Weil der Durchschnittsbürger vor dem Krieg über die Außenpolitik im dunklen gelassen worden war, wurde er durch die Hitlerinvasion im Mai 40 fassungslos überrumpelt.

Weshalb war das Volk so spärlich informiert und aufgeklärt? Glauben die verantwortlichen Minister etwa an das Wundermärchen, daß das Hitlerheer schonungsvoll in großem Bogen, auf den Zehenspitzen sozusagen, am Luxemburger Dornröschenschlaf vorbeimarschieren würde?

Doch stand eines fest seit dem 30. Januar 1933, dem Tag der Machtergreifung Hitlers: die deutsche Gefahr bedrohte uns von Tag zu Tag stärker. Das Schreckgespenst hieß von nun an «d'Hitler-Preisen». Doch nicht nur «d'Preisen laanscht d'Grenz», sondern auch «d'Preisen am Land selwer». Die Volkszählung von 1930 hatte folgendes ergeben: von einer Gesamtbevölkerung von kaum 300 000 Menschen waren 55 000 Ausländer, davon 23 000 «deutsche Staatsangehörige». Zwar verringerte sich ihre Zahl um 20% als Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929. Wer arbeitslos wurde, mußte nach Hause zurückkehren. Immerhin verblieben im Jahre 1933 noch 18 000 Reichsdeutsche auf luxemburgischem Gebiet. Sie wurden von Hitler politisch erfaßt und organisiert. In kurzer Zeit setzte sich in unserer schutzlosen Heimat ein gefährlicher Nazi-Fremdkörper fest.

Das jordanische Pferd

Schon damals bestand eine NSDAP Luxemburg – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Luxemburg – vorerst allerdings für Reichsdeutsche gedacht. Mit der allzubekanntenen deutschen Gründlichkeit ist diese Organisation aufgebaut worden, oft mit skrupellosen Methoden. Durch Propaganda, Zwang und Erpressung wurden Parteimitglieder gewonnen. Und die Luxemburger Behörde ließ dümmlicherweise die Hand dazu. Eine großherzogliche Arbeitsgenehmigung erhielt nur jener Deutsche, der einen gültigen Paß vorlegte. Daß nun die Hitlerregierung nur jenen Deutschen einen Paß ausstellte, die bereit waren, auch im Ausland sich nazistisch zu bestätigen, ist leicht ersichtlich.

Dieser erpresserischen Methode des Paßzwangs hatte sich schon Mussolini bedient. Und die Luxemburger Regierung ließ feig gewähren: Hunderte von anständigen demokratisch denkenden Italiener, mußten unter faschistischem Druck unser Land verlassen.

Der erste Landesleiter der NSDAP Luxemburg hieß Hildebrandt. Er kam von der Saar, war 49 Jahre alt und entfaltete eine unheimliche Tätigkeit. Da er Luxemburger heranzuziehen begann, kam das Gerücht auf, die Nazis bereiteten mit Luxemburger Verrätern einen Putsch vor.

In diesem Augenblick liefen wir Gefahr, bereits vor dem Einmarsch feindlicher Truppen von einer Quisling-Regierung beherrscht zu werden. Gegen einen politischen Gewaltstreich der im Großherzogtum ansässigen Reichsdeutschen wären die luxemburgischen Behörden machtlos gewesen. Sogar die Mobilmachung aller verfügbaren Ordnungskräfte, die übrigens für den Kampf gegen ausländische Umstürzler nicht geschult waren, hätte keine Rettung gebracht. Wir verfügten damals über kaum 500 Polizisten, Gendarmen und Soldaten, einschließlich Militärkapelle.

Drôle de gouvernement

Glücklicherweise gab es schon im Jahre 1933 wachsame Vaterlandsfreunde, «dé de Preisen op d'Fangeren gekukt hun» und ihr subversives Treiben publik machten. Doch die Luxemburger Regierung schritt nie ernsthaft gegen die Hitleragenten ein. Ganz im Gegenteil: Höheren Orts erging an die Staatssicherheitspolizei der Befehl, gegen die Luxemburger Patrioten einzuschreiten, die sich gegen nazistische Umtriebe wehrten. Sie wurden in Polizeiberichten als Kommunisten verschrien,

als Bolschewisten gebrandmarkt. Später, nach der Invasion, fielen viele dieser Berichte in die Hände der Gestapo. Das bedeutete Lebensgefahr. Wo sitzen heute die Schuldigen? Es gab nicht nur später an der deutsch-französischen Grenze eine «drôle de guerre». Es gab schon Jahre vorher in Luxemburg «un drôle de gouvernement.»

Bezeichnend für die Geistesverfassung der Regierenden im schlimmsten Jahr 1933 ist die folgende Erklärung, mit der Staatsminister Bech in der Kammersitzung vom 9. November 1933 einen Vorschlag des Deputierten Hubert Clement ablehnte:

«Der ehrenwerte Herr Clement verlangt von uns die Auflösung der nazistischen Organisationen. Wie können Sie, als Demokraten, die sich als die berufenen Verteidiger unserer Verfassung aufspielen, verlangen, daß die Regierung einen offensichtlich verfassungswidrigen Akt begehe? (Wortgetreuer Text des Kammerberichts). Als darauf der Abgeordnete Clement zutreffend bemerkte, daß der Nazismus eine internationale Gefahr sei, fand der briandistische Friedensfreund Bech die enorme Antwort: «Waat gét daat d'letzeburgesch Chamber un?»

Patrioten schlagen Alarm

Als Ende 1933 noch immer nichts gegen die nazistischen Machenschaften unternommen wurde, da begannen, auf eigenen Antrieb, etliche zu Recht erzürnte Luxemburger in der ausländischen Presse Alarm zu schlagen. Und mit Erfolg, denn Damian Kratzenberg sogar bezeugt es, wenn er schreibt: «Dutzendweise wurden ausländische Reporter aufgeboten».

Unter ihnen befand sich auch der weltbekannte Journalist Géo London. Kaum hatte er den Fuß auf den heißen Luxemburger Boden gesetzt, wurde er schon flugs vom Staatsminister Bech zur Audienz gebeten und höchstpersönlich im Restaurant Brasseur bewirtet. Nachdem sie gemächlich nach Herzensbegehren gegessen und getrunken hatten, beidseitig Pariser Erinnerungen schwelgerisch austauschend, machte Géo London mit französischer Artigkeit seinem Gastgeber Komplimente über die idyllischen Schönheiten des Landes. Dieser strich sich schon vergnügt den Schnauzbart, als der Pariser Journalist sehr ernst fortfuhr: «Doch ich habe in diesem glücklichen Land einen Schönheitsfehler gefunden: den Hildebrandt, l'espion prussien, den die Belgier nach dem Ersten Weltkrieg in contumaciam zum Tod verurteilt haben.» – «Je l'ai fait expulser depuis longtemps, celui-là», antwortete der Staatsminister. Darob Géo London höflich verwundert: «Dann ist der Befehl nicht ausgeführt

worden. Vor wenigen Stunden habe ich Hildebrandt in seiner Limpertsberger Wohnung angetroffen.» Betretenes Schweigen. Noch vor Sonnenuntergang wurde Hildebrandt am gleichen Tag über die Grenze geschafft. In der Pariser Zeitung «Le Journal» vom 23. Dezember 1933 hat Géo London diesen blamablen Vorfall mit höflicher Schonung beschrieben: «L'honorable Monsieur Bech se montra très surpris que j'ai pu m'entretenir avec Hildebrandt. 'On le disait très malade', m'a-t-il dit, 'et alité. C'est la raison pour laquelle nous avons sursis à son expulsion.'» Und Géo London fordert den Leser zum Nachdenken auf, wenn er abschliessend bemerkt: «Je me garderai d'ajouter le moindre commentaire à cette savoureuse histoire.»*)

Tölpelhafte Bundesgenossenschaft

Nach dieser Ausweisung verhielten sich die Nazis einige Zeit zurückhaltend. Aber weshalb hatten sie sich gleich nach dem 30. Januar so frech erdreistet? Es war so, daß sie auch in Luxemburg Aufwind spürten. Denn es gab damals hierzulande – die Wahrheit muß ans Licht – eine Gruppe Aktivisten der Rechtspartei, die im «Luxemburger Wort» haarsträubende, stupende Dinge schrieben und tölpelhaft luxemburgisches Wasser auf die Nazimühlen leiteten. Aus diesen kompromittierenden «Wort» Bekenntnissen des Jahres 1933 seien nur zwei programmatische Sätze zitiert: «Wir betonen immer wieder, daß in mancher Hinsicht der Faschismus und Nationalsozialismus uns sympathischer sind als Liberalismus und Sozialismus. Wir begrüßen und bejahen darum den Gemeinschafts- und Autoritätsgedanken des Faschismus und Nationalsozialismus» (Luxemburger Wort, 11. März 1933). In dieser Tonart wurde weitergeleiert, während zur gleichen Zeit Juden, Freimaurer, Kommunisten, Sozialisten, Liberale in immer größerer Zahl dem Hitlerterror zum Opfer fielen. Als später auch Katholiken in Bedrängnis kamen, flaute die Begeisterung ab. Doch der angerichtete Schaden war irreparabel. Weil schon 1933 das «Luxemburger Wort» die meistgelesene Zeitung des Landes war, gewannen die Nazis unverhofft eine willkommene Bundesgenossenschaft. Die Komplizität der damaligen «Wort»-Führer bedeutete für uns vorerst eine politische Gefahr. Denn die Verdächtigung der liberalen Demokratie stiftete Geistesverwirrung und bereitete den Boden für umstürzlerische Propaganda. Schon bald folgte bedrohlicher die mili-

*) Bezeichnend für die Geisteshaltung der Regierung Bech ist die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft den Befehl erhielt, gegen jenen Luxemburger vorzugehen, der Géo London über Hildebrandt informiert hatte.

tärische Gefahr, als Hitler 1935 die allgemeine Wehrpflicht einführte und 1936 das linke Rheinufer besetzte. Keine Militärmacht in Europa setzte Widerstand entgegen. Und wenn das Hitlerheer weitermarschiert wäre und hätte damals bereits das Luxemburger Land besetzt, wer hätte Einspruch erhoben?

Ein Fememörder als Landesleiter

Anfang 1934 bekam die NSDAP Luxemburg einen neuen Landesleiter: Ernest Gustav Eckehard Schoeler, aus Thorn, in Ostpreussen. Jahrgang 1898. Er war Hofverwalter beim Prinzen von Arenberg, auf Schloß Meysemburg. Es wurde eine neue Taktik befolgt: keine Anwerbung mehr von Luxemburgern, aber straffere Organisation der hiesigen Deutschen, mit konspirativem Ziel. Kaders für die bewaffnete Aktion wurden gedrillt. Darin hatte Schoeler Erfahrung. Er war Mitglied eines fanatischen Freikorps gewesen, das nach 1918 Kommunisten, Sozialisten und Liberale umgebracht hatte. Auch die Luxemburger Regierung wußte, daß Schoeler ein Fememörder war. Sie handelte wiederum mit «sursis»: es dauerte anderthalb Jahre, bis Schoeler am 5. Mai 1935 ausgewiesen wurde*). Doch schon fünf Jahre später, in der Nacht vom 10. Mai 1940, kam der Oberleutnant Schoeler zurück an der Spitze eines schwerbewaffneten Trupps von 70 Mann, dessen Mitglieder meist früher im Großherzogtum ansässig waren. Sie trugen über der Uniform Zivilkleider. Schoeler und seine Räubergesellen nisteten sich in der Felsmühle bei Manternach ein. Sie waren es, die die Gendarmen Schammo und Kneip schwer verwundeten.

Handlanger von Geheimdiensten

Dritter Landesleiter in Luxemburg war Dr. Heinrich Diehl, der über die Landesverhältnisse wohl informiert war. (Nicht zu verwechseln mit

*) Ein großherzogliches Gericht verurteilte einen Luxemburger Resistenzler, dem Schoeler «Schläge und Verwundungen beigebracht zu haben.» Die Angelegenheit entfachte in der Hauptstadt einen derartigen Sturm der Entrüstung, daß die Regierung Bech sich endlich entschloß, die seit langem fällige Ausweisung des Fememörders zu veranlassen.

dem gleichnamigen späteren Kreisleiter von Esch.) Als Wirtschaftsattaché an der deutschen Gesandtschaft war er vor Ausweisung sicher und konnte ungestört bis zur Invasion gegen unser Land agieren, nicht nur als Hitlers NSDAP-Landesleiter und Propagandist, sondern auch als Handlanger von Geheimdiensten. Obwohl der Wehrmachtsgeneralstab seine Angriffspläne gegen den Westen noch nicht endgültig festgelegt hatte, erwies sich das neutrale Luxemburg als idealer Beobachtungsposten zur militärischen Ausspionierung der Maginotlinie. Unser Land war eine Operationsbasis des deutschen militärischen Geheimdienstes, bevor es Aufmarschgebiet gegen Frankreich und Belgien wurde.

Während all dieser geheimnishaft gefährlichen Zeit schliefen die Regierenden, döste das vertrauensselige Volk. Es war unaufgeklärt, durch trügerische Losungen eingeschlafert, chloroformiert. Da gab es ein erstes angstvolles Auffahren aus dem Schlaf am 1. September 1939, beim Angriff gegen Polen. Doch immer noch wiegte sich unsere Regierung in dem Glauben, daß die französische Armee die Luxemburger Neutralität schützen werde.

Kurzwellensender und Straßensperren

Sicherheitshalber wurde ein radioelektrisches Alarmsystem eingerichtet für den Fall, wo die Telefon- und Telegrafenerleitungen sabotiert würden.*) Dank der Zuverlässigkeit der Gendarmen und Soldaten der Freiwilligenkompanie funktionierten die Kurzwellensender tadellos in der Nacht zum 10. Mai. So sind die Minister laufend über die Vorgänge an der Grenze benachrichtigt worden. Zugleich wurden die Zugangsstraßen an Mosel, Sauer und Our durch Barrikaden blockiert. Auch mit diesen Sperrvorrichtungen klappte es vorzüglich. Die Vorausabteilungen der Wehrmacht wurden so lange aufgehalten, daß der Regierung die Möglichkeit blieb, sich aus dem Staube zu machen. Doch war diese Eventualität wahrscheinlich nicht im Sinne der Großherzogin Charlotte. Sie hatte darauf gedrängt, Schutzvorkehrungen zu treffen in der Erwar-

*) Staatsminister Dupong war von Herrn Paul Fisch, einem verdienstvollen Vorkriegs-Resistenzler, zuverlässig über die geplante Tätigkeit deutscher Sabotage-Kommandos unterrichtet worden. Der gutinformierte und uneigennützig Mahner starb, ohne ein Wort der Anerkennung oder des Dankes erhalten zu haben. Nur die belgische Regierung verlieh ihm eine hohe Auszeichnung, weil das von ihm vorgeschlagene Warnsystem auch Belgiern erlaubt hatte, rechtzeitig das Großherzogtum zu verlassen.

tung, daß die Regierung rechtzeitig Alarm schlug, um die Bevölkerung zu warnen, und in der Hoffnung, daß so sich jedem Luxemburger die Möglichkeit böte, sich gleichfalls in Sicherheit zu bringen. Unbedingt wäre es Pflicht der Regierung gewesen, wenigstens jene Luxemburger zu warnen, deren Freiheit und Leben in Gefahr waren, weil sie in den Fahndungslisten des Feindes figurierten. Aber wenn der Regierungskapitän als erster das lecke Schiff verläßt, geschieht das Schlimmste. So wurden sofort beim Einmarsch 600 Luxemburger von der Geheimen Feldpolizei ins Grundgefängnis geworfen, noch ehe die Gestapo mit noch massiveren Verhaftungen begann.

In der Morgenfrühe dampften die Minister ab mitsamt Familie – einer vergaß sogar nicht, seine deutsche Köchin mitzuverfrachten – die einen um fünf, die andern erst nach sechs Uhr. Diese Absetzbewegung wurde zum Hindernisrennen, weil bereits Luftlandekommandos der Wehrmacht die Straßenkreuzungen vor der französischen Grenze gesperrt hatten.

Intermezzo in Longwy

Weshalb suchten die Regierungsherren so spät erst ihr Heil in der Flucht? Denn lange schon vor Mitternacht war ihnen der Beginn der Invasion gemeldet worden. Glaubten sie wiederum, es sei falscher Alarm? Die Großherzogin wartete jedenfalls nicht, bis Leutnant Hedderich mit seinen Fieseler Störchen die «Biff»-Kreuzung zwischen Niederkerschen und Petingen abgeriegelt hatte. Reibungslos verlief ihre Fahrt nach Longwy, wo sie beim Hüttendirektor Labbé etliche Stunden auf ihre Minister Dupong und Bech wartete. Zufällig wurden die beiden in der Gegend von Aumetz signalisiert, wo sie ratlos herumirrten. Sie hätten eigentlich nach Lasauvage bei Differdingen fahren müssen, denn eine Reise nach Frankreich war nicht im Regierungsplan vorgesehen.

Für die Fahrt von Luxemburg nach Longwy war der persönliche Schutz der Großherzogin dem Geheimpolizisten Baulesch anvertraut. Mit großer Perfektion führte er seinen Auftrag aus. Doch als Staatsminister Dupong seiner auf französischem Boden ansichtig wurde, erteilte er ihm folgenden verantwortungslosen Befehl: «Sie dürfen nach Hause gehen. Hier brauchen wir Sie nicht mehr.» Herr Baulesch mußte nun wohl oder übel von Longwy nach Differdingen die französische Grenze überschreiten. Es sieht wie ein Wunder aus, daß er nicht vom französischen Militär aufgegriffen u. als deutscher Spion erschossen worden ist, gerade im Longwyer Sektor, wo zur Zeit die Luxemburger ausgerechnet als Mitglieder der Fünften Kolonne verdächtigt wurden, wie Baron Ordioni in seinem Buch be-

richtet hat. Weiterhin war das Glück dem Geheimpolizisten Baulesch auch in Differdingen hold. Dort hätte er bei den vorrückenden Deutschen als französischer Spion gelten können, weil er aus einer «position avancée» der Maginot-Linie kam.

Konsulat als Treffpunkt deutscher Agenten?

Drei Tage später erblickte ich die Minister Dupong und Bech im Luxemburger Konsulat in Paris. Im Vestibül saß der Geheimpolizist Goergen. Dieser sollte den Schutz des Prinzen Jean übernehmen, den Leutnant Konsbrück bei Zolver glücklich durch die deutschen Linien nach Frankreich gebracht hatte. Ich kannte Herrn Goergen, der mich in Luxemburg öfters auf Hitleragenten aufmerksam gemacht hatte. Bei der Wiederbegegnung in Paris sagte er mir aufgeregt: «Wenn es so weitergeht, wird unser Konsulat ein Rendez-vous deutscher Agenten.» Als ich mich einige Zeit unter den Hunderten von Leuten, die im Hof des Konsulats herumstanden, hin und her bewegte, kam ich zum Schluß, daß Geheimpolizist Goergen eine gute Nase hatte. Kurz darauf empfahl ich dem Staatsminister, aus Sicherheitsgründen die Ausweispapiere der Besucher im Konsulat zu überprüfen. Als ich tags darauf wieder im Konsulat vortrat, wurde mit der Einlaß verwehrt.

Da die Sache nun so stand, daß diese Herren der flüchtigen Regierung – zu ihnen hatte sich unterdes auch der Privatier Fernand Loesch in halbamtlicher Mission gesellt – mir den Zutritt zum Konsulat zu verbieten wagten, verließ ich spornstreichs Paris. Ich besaß zum Glück französische Militärausweise, die mir erlaubten, mich frei in Frankreich zu bewegen, auch im militärischem Operationsgebiet. Ohne das wäre ich in mißlicher Lage gewesen, in einem fremden Land, mitten im Kriegstrubel, von der eigenen Staatsbehörde im Stich gelassen, und was weit schlimmer ist, verdächtigt. Da ich auf eigenen Füßen stand und nicht lange schwankte, war mir das Glück günstig. Von Bayonne aus fuhr ich mit einem französischen Schiff über Gibraltar nach England am 14. Juli 1940.

Ziellose Touristen

Seit drei Wochen saß unsere Exilregierung in Portugal. Es dauerte noch weitere drei Monate, bis sie den Ort fand, wo sie mit Anstand blei-

ben durfte nach der Flucht aus Luxemburg und nach der französischen Kapitulation. Eigentlich hätte unsere Regierung geradewegs nach London gehen müssen. Doch den Weg dorthin fanden etliche Minister erst zwei Jahre später auf dem Umweg über Kanada. England schwebte damals in höchster Gefahr. Wer möchte schon in einer belagerten Festung eingeschlossen sein, die vor der Kapitulation stehe, wie der damalige amerikanische Botschafter Joseph Kennedy aus London der Washingtoner Regierung meldete?

Eines schönen Tags tauchte Außenminister Bech unerwartet in London auf, der zweite Luxemburger dort. Sofort empfing er mich und tat, als ob er sich nicht mehr an den Zwischenfall im Pariser Konsulat erinnere. Ich schlug vor, ein «réseau d'évasion» aufzubauen, um Luxemburger, die vor Hitler flüchteten, nach England zu bringen. Aus eigener Erfahrung wußte ich, wie in Frankreich Kontakte aufzunehmen wären, um Ausweise und Passeurs zu bekommen. Solche Stellen, die mir selbst geholfen hatten, kannte ich in Vichy, Clermont-Ferrand, Montpellier, Toulouse, Bordeaux und anderswo. Offiziere und Beamte, die schon damals die Vichy-Regierung bekämpften, wären bereit gewesen auch anderen Luxemburgern zur Flucht nach England zu verhelfen. Kaum hatte ich ausgedet, da platzte schon die Antwort des Ministers: «A waat maachen ech hei zu London mat all déne Letzeburger?» Ich wurde sacht hinauskomplimentiert. Der Plan lag im Korb.

Doch blieb dieses Problem der Fluchtwege immer akut. Jeder Luxemburger, dem es gelang, sich nach London durchzuschlagen, warf es immer wieder auf. Der heutige Staatssekretär Emile Krieps legte sogar einen detaillierten Plan vor, um einigen hundert jungen Luxemburgern in Frankreich zu Hilfe zu kommen, die darauf drängten, als Kriegsfreiwillige nach England zu kommen. Er durfte sogar vor dem Rat der Exilregierung über seinen Plan referieren, zwei Stunden lang. Doch diese weisen Herren schüttelten bloß die Köpfe, verständnislos – sie waren diesmal ausnahmsweise allesamt in London versammelt, denn üblicherweise hielten sie sich vorsichtig im bombensicheren Wartezimmer Kanada auf.

Auch der spätere Generalstabschef Robert Winter hatte einen Plan ausgearbeitet, um den Wehrmachtsrefraktären den Weg nach England zu bahnen. Darauf die Bech'sche Antwort: «Daat kascht ze deier». Daraufhin wandte sich Robert Winter an den Prinzen Felix. Hier klang die Glocke mutiger: «Eso'gur wann all Jong eng Millio'n kascht, da sollen se kommen!» Aber auch der Prinz von Luxemburg fand kein Gehör bei den krämerischen Ministern.

Zwangsrekrutierte unerwünscht

Ende März 1943 fand ich in einem französischen Militärbericht die Nachricht über luxemburgische Zwangsrekrutierte in Tunesien. Unsere

Regierung wußte noch nicht Bescheid. Ich erbot mich, nach Nordafrika zu fliegen, um diesen Luxemburgern zur Desertion zu verhelfen und um gleichzeitig Kriegsgefangene aus den Lagern zu holen. Auch dieser Vorschlag fiel ins Leere.

Doch nach der deutschen Kapitulation in Afrika am 13. Mai 1944 – Tunis war schon 8 Tage früher gefallen – geschah etwas Kurioses (der Krieg war vorbei, die Luxemburger Jungen waren nicht mehr in Gefahr). Einen Monat später also schickte Minister Bech einen seiner guten Freunde in Mission nach Nordafrika. Der offizielle Auftrag hieß: die Luxemburger aus der Fremdenlegion herauszulösen und sie der belgischen Armee einzuverleiben. Doch das eigentliche Ziel der Reise war eine Brauerei in Tunis, von der Herrn Bechs Freund ein dickes Aktienpaket besaß. Vom Los der Zwangsrekrutierten ging keine Rede mehr.

Noch ein letztes Beispiel der unerquicklichen Londoner Geschichten. Wir hatten in England eine gewisse solidarische Hilfsorganisation gegründet, im Interesse der etwa 300 Luxemburger, die bei der Exilregierung nicht lieb Kind waren. Als das Elend des Tambower Lager kund wurde, beschloß das Komitee, mich nach Rußland zu schicken, um dem Abgesandten René Blum, der allein in der Sowjetunion war, zur Seite zu stehen. Wir sandten auf eigene Kosten ein langes Telegramm nach Moskau. Am andern Tag erreichte uns die Antwort: Adressez-vous ministre Bech à Londres stop Décision impossible ici stop René Blum – Ambassadeur. Da ein guter Luxemburger Esel sich bloß zweimal anstößt, wurde ein dritter Bech-Besuch hinfällig.

Das sind einige Punkte aus der Geschichte des Londoner Exils – sie muß noch ausführlich geschrieben werden – die sich auf das Schicksal der Zwangsrekrutierten beziehen.

Was ich zum Zweck der geschichtlichen Wahrheitsfindung vorgebracht habe, beruht teils auf Dokumenten, teils auf gerichtlichen Zeugenaussagen. Damit entsprach ich gerne dem löblichen Wunsch des Komitees der Zwangsrekrutierten, nämlich den ungeklärten Schattenraum unserer Zeitgeschichte zu beleuchten. Die Wahrheit muß ans Licht, ob sie gefällt oder nicht.

Vortrag von Jean HAMES

Im Vorangegangenen sind mit aller Deutlichkeit solche Ereignisse aufgezeichnet worden, die ihre Schatten weit vorauswarfen. Als im Jahre 1933 Adolf Hitler und seine nationalsozialistische Clique die Macht in Deutschland übernahmen, waren die ältesten derjenigen Luxemburger, welche später zum deutschen Militärdienst herangezogen werden sollten, gerade 13 Jahre alt. Die Jüngsten hatten zu jener Zeit das siebente Lebensjahr erreicht, sie waren erst ABC-Schützen. Wegen ihres jugendlichen Alters waren die einen wie die andern nicht in der Lage, die Tragweite der Ereignisse zu erfassen, noch zu ermessen, welche dem zweiten Weltkrieg voraufgingen. Der erste Teil schildert so recht veranschaulichend das Klima, die Verhältnisse und die Zustände, in denen die zwangsrekrutierte Generation heranwuchs. Die damaligen Krisenjahre, – zunehmende Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Tiefstand, – trugen das ihrige dazu bei, daß sehr wichtige Dinge im allgemeinen unbeachtet blieben. «Brot ist wichtiger als Politik», sagten uns die Alten.

Damit jemand nachträglich die geschichtlichen Wahrheiten erfassen kann um sie richtig zu beurteilen, sollte er mit den Umständen vertraut sein, unter denen sich die geschilderten Ereignisse zugetragen haben.

Allgemein vergehen 30, 40, 50 Jahre und mehr, bis die Geschichte eines Abschnittes der Vergangenheit geschrieben wird. Nach diesen Wartezeiten wird, für gewöhnlich, erst Einsicht in die Staatsarchive gewährt. Weshalb nach so langer Zeit? Hierfür gibt es mehrere Gründe. Einen davon, wahrscheinlich der ausschlaggebende, stellen die Personen dar, die eine Rolle im täglichen, öffentlichen Leben spielen, die an den Hebeln der großen Politik stehen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß herzlich wenig von dem in die breite Öffentlichkeit dringt, was in den obersten Gremien der politischen Führung eines Landes geschieht. Wie leicht könnten prominente, politische Persönlichkeiten in ein schiefes Licht geraten, in Verruf kommen! Daß ihnen daraus Unannehmlichkeiten entstehen könnten, versteht sich am Rande. Dies wäre denn auch ein hinreichender Grund, um die langen Wartezeiten bis zum Öffnen der Archive zu rechtfertigen. Aber - - -

Läßt es sich rechtfertigen, wenn geschichtliche Begebenheiten verheimlicht werden, die den nachfolgenden Generationen von Nutzen

sein können? In unserer modernen Zeit, in der alles schneller geht, mit vielen verstaubten Traditionen aufgeräumt ist; einer Zeit, in der Ereignisse wie vom Fließband rollen, ist es nicht nur angezeigt, sondern unumgänglich, daß die nachfolgenden Generationen von der rezenten Vergangenheit erfahren und lernen. Welche verantwortungsbewußten Eltern würden ihren Kindern das vorenthalten, was sie selber aus langer Lebenserfahrung weiterzugeben haben? Dies ist ein wesentlicher Teil der Erziehung! Jederman wäre sicherlich schlecht beraten, würde er seine Kinder in einer ähnlich sträflichen Unkenntnis wichtigster Geschehnisse belassen, wie dies, zum Beispiel, der Fall war für unsere Eltern und uns selbst in den Jahren von 1933 bis 1940.

Vor dem 10. Mai 1940

Die Eltern und ihre Kinder, die späteren Zwangsrekrutierten, wußten unter anderem, herzlich wenig über das Münchener Abkommen vom September 1938, das zwischen den Premierministern Englands und Frankreichs einerseits, Hitler und Mussolini, den faschistischen Diktatoren, andererseits, abgeschlossen worden war. Obschon am 1. September 1939 um 4,45 Uhr, die deutschen Armeen und die ominöse «Luftwaffe», von der wir so gut wie nichts wußten, Polen angriffen und damit der zweite Weltkrieg ausbrach, wurden in Luxemburg überschwengliche Feiern veranstaltet. 1839-1939. Luxemburg war gerade 100 Jahre eigenständig, unabhängig. Die nationalsozialistische Regierung des Dritten Reiches hatte feierlich erklärt, die Neutralität und die Integrität des großherzoglichen Territoriums zu respektieren.

Von Süden her drang, Tag für Tag, dumpfer Kanonendonner zu uns. Aus der Ferne, weit ab vom Schuß, erlebten die Luxemburger die «drôle de guerre.» Merkwürdigerweise regte die Tatsache, daß es wirklich Krieg war, niemanden sonderlich auf. Jeder glaubte an das Märchen von der uneinnehmbaren Maginotlinie. Daß Luxemburg direkt im Vorfelde dieses «gewaltigen» Bollwerkes lag, dessen war die Bevölkerung sich nicht recht bewußt. So lebte sie wie auf einem Pulverfaß, an dem die Lunte hellauf brannte. Niemand sah das Damoklesschwert über dem Kopf. Vielmehr wurde dem herumkursierenden Gerücht Glauben geschenkt, die Deutschen würden im Ernstfalle einen Bogen um das Großherzogtum schlagen und seine Neutralität achten. Von dem, was die Nationalsozialisten an Truppenkontingenten, leichten und schweren Waffen aller Arten in einiger Entfernung der Grenzflüsse Mosel, Sauer und Our gebracht hatten, wußte die breite Masse des Volkes nichts.

Deutscher Einmarsch

Es war ein böses Erwachen am frühen Morgen des 10. Mai 1940. Die Ueberraschung war echt und gewaltig. Etwa so, als würde man aus dem warmen Bett genommen und in eiskaltes Wasser geworfen. Das Unglaubliche war mit einem Schlag brutale Wirklichkeit geworden. Ueber die Straßen des Landes dröhnten endlose motorisierte Kolonnen in westlicher Richtung. Am Mittag dieses denkwürdigen Tages war das Ländchen von deutschen Soldaten vollgepfropft. Das neutrale Luxemburg war zum Aufmarschgebiet der gewaltigen deutschen Kriegsmaschinerie geworden. Am wolkenlosen Himmel zogen zahlreiche Fliegergeschwader ihre Bahnen nach Westen. Nie zuvor hatten die Luxemburger so vieles Kriegsmaterial gesehen.

Vom Augenblick des bösen Erwachens an überschlugen sich die Ereignisse in Belgien und in Frankreich. Die Erfolgsmeldungen der deutschen Wehrmacht waren derart fantastisch, daß niemand sie glauben wollte. Und doch stimmten sie nur allzu sehr. Als dann am selben Tag bekannt wurde, die Regierung habe fluchtartig das Land verlassen, gingen über Luxemburg die Lichter aus. So mancher brave Bürger war derart niedergeschlagen, daß er der Verzweiflung nahe war. Allorts stellte man sich die Frage: «Was nun?»

Die Antwort darauf kam für alle Luxemburger schon sehr bald. Außer den Verrätern, die es überall und zu allen Zeiten gab und geben wird, merkten die Menschen Luxemburgs bereits am ersten Tag der Okkupation, was die Deutschen im Schilde führten. Das «Gott mit uns» auf den Koppelschildern ihrer Soldaten war nur für die ganz Naiven gedacht. Vorerst, jedenfalls, gaben sich die Luxemburger keinen weiteren Illusionen hin. Denn bereits am 10. Mai 1940 wurden viele Bürger verhaftet und in die Gefängnisse von Luxemburg-Grund, Trier und Wittlich gebracht. Es handelte sich durchwegs um Personen, deren Namen in den schwarzen Listen der Deutschen eingetragen waren. Zusätzliche Namenslisten von Deutschgegnern fanden die Eindringlinge in Luxemburg selbst, wie auf dem Serviertablett. Sie brauchten also nur zuzugreifen.

Im Süden des Landes kam es zu Zusammenstößen zwischen Vorausabteilungen des französischen und des deutschen Heeres. Während die Grenzortschaften bombardiert wurden und unter den Beschuß der französischen Schwerartillerie lagen, zog die Bevölkerung mit Kind und Kegel, rund 47.000, nach Frankreich. Ein anderer Teil wurde von den Deutschen nach dem Gutland und dem Oesling evakuiert.

In Frankreich ging alles drunter und drüber. Eine ähnliche Katastrophe, wie die der Monate Mai-Juni 1940, hatten die Franzosen noch nicht erlebt. Viel Leid, Tränen und Blut harrte der fliehenden Luxem-

burger. Im unvorstellbaren Chaos, den pausenlosen Angriffen der deutschen «Stukas» (Sturzkampfbomber), der vorrückenden Panzer- und Infanterie-Truppen, wurden die Familien auseinander gerissen. Es gab Tote und Verwundete unter ihnen. Ihr Schicksal war alles andere als beneidenswert.

Ebenfalls am 10. Mai 1940, protestierten die luxemburgischen Abgeordneten gegen die Verletzung der Neutralität des Großherzogtums durch das deutsche Militär. Weil der Kammer der Abgeordneten, wie sich bereits am ersten Tag des Krieges im Westen herausstellte, jedwede Direktiven fehlten, um in der neugeschaffenen Lage die Regierungsgeschäfte wahrzunehmen und deren Kontinuität zu sichern, ernannte sie eine Regierungskommission, welche sie mit Spezialvollmachten ausüstete. Ueber die stark kontrovertierte Selbstexilierung der luxemburgischen Regierung im Mai 1940, über die dadurch entstandene Situation und über die späteren Folgen, wurde in den Monatsheften «Les Sacrifiés» Nr. 8, 9. und 10 des Jahres 1968 eine längere Abhandlung veröffentlicht, u. z. unter dem Titel: «Resistenzakt oder Flucht?» Der Autor ist der verstorbene Herr Jean Metzdorff, Regierungsrat und Mitglied der am 10. Mai 1940 eingesetzten Regierungskommission.

Deutsche Zivilverwaltung in Luxemburg

Nachdem am 12. Mai 1940 Admiral Canaris, Chef des deutschen Abwehrdienstes, Luxemburg aufgesucht hatte, nachdem am 17. Mai 1940 General-Major Gullmann erklärt hatte, Luxemburg sei Feindesland, wurde die erst kurz zuvor eingesetzte Regierungskommission von der luxemburgischen Kammer der Abgeordneten in eine Verwaltungskommission umgewandelt. Dem Präsidenten, Herrn Wehrer, gegenüber wiederholte der deutsche Botschafter von Radowitz das, was Gullmann vorher bereits erklärt hatte, nämlich, daß das Reich sich mit dem Großherzogtum im Kriegszustand befinde. Dokumenten zufolge, die nach dem Kriege in Berlin, u.z. im Ministerium für Auswärtiges gefunden wurden, betrachtete das Reich Luxemburg wirklich als feindliches Land.

Hinter dem zur Kanalküste stürmenden, deutschen Heer zog eine gewaltige Lawine Nazi-Funktionäre einher. Sie nahm ebenfalls in Luxemburg ihren Einzug. Dies war die sogenannte «gelbe Pest.» Zu Beginn des Monats Juni 1940 gründeten die luxemburgischen Verräter und Kollaborateure der Deutschen, die Volksdeutsche Bewegung, in der Abkürzung: VdB. Diesem Verein stand der Luxemburger Professor Kratzenberg vor.

Als Chef der Zivilverwaltung kam am 29. Juni 1940 Gauleiter Gustav Simon aus dem «tausendjährigen Reich» nach Luxemburg. Er brachte rund 800 Polizisten und Gestapo-Getreue mit. Ihn begleiteten ebenfalls waschechte, linientreue S.A.-Funktionäre. Die ersten Luxemburger meldeten sich als Freiwillige zum Reichsarbeitsdienst (R.A.D.), zur Wehrmacht und SS. Mit diesen Quislingen machte die deutsche Besatzungsmacht viel Staat. Betriebsappelle wurden am laufenden Band abgehalten. Die nazistische Propagandamaschinerie, unter Goebbelscher Regie, schüttete ihren ideologischen Dreck über das Luxemburger Volk. Was mußte man sich damals nicht alles anhören?! Die Nazis wollten jeden glauben machen, er sei ein echter Deutscher. In den Adern der «Lützelburger» fließe reines deutsches Blut u. s. w. . . . u. s. w. Unter Anwendung erbärmlichster Erpressungsmethoden wurden die Bürger in die VdB gezwungen. Die Studenten mußten zur Hitler-Jugend. Wer's nicht tat, flog von der Schule. Mehr und mehr wurde das Straßenbild beherrscht von einherstolzierenden Männern in «gelber Uniform» oder von solchen bekleidet mit weißen Hemden, Haken-Kreuz-Armbinden und schwarzen Hosen. Die VdB-Nadel, «de Roff», wie sie von den Luxemburgern bezeichnet wurde, war von Tag zu Tag häufiger an den Rockkragen sichtbar. Auf den Straßen wurden die Passanten gezwungen, mittels propagandistisch und provokatorisch aufgezogener Märsche, die Fahnen und Standarten mit dem Hitler-Gruß zu ehren. Dabei wurden manche Luxemburger arg verprügelt, weil sie sich geweigert hatten, sich diesem blöden Zeremoniell zu unterwerfen. Es gab dann noch den sogenannten «Spengelskriech», das Verbot des Tragens des «bérêt», und wer einen französisch klingenden Namen trug, mußte diesen ändern. Es regnete sozusagen Verordnungen und Anordnungen. Im Großherzogtum hatte sich das eingestrichelt, was die Bevölkerung erst nach vier langen, mühseligen und grauenvollen Jahren wieder loswerden sollte. Die Germanisierung von Volk und Land Luxemburg hatte einen turbulenten Anfang genommen. Und es war wirklich nur ein Anfang!

Im Verfolg ihrer Neuerungen setzten die Deutschen ein Sondergericht ein. Anstelle des luxemburgischen trat das deutsche Strafrecht. Ein Stillhaltekommissar verfügte die Auflösung sämtlicher Vereine, sowie die der politischen Parteien. Die luxemburgische Währung wurde kurzer Hand abgeschafft. Pfennige ersetzen den Franken. 10 Franken = 1 RM. Ende August 1940, unterzeichneten 32 luxemburgische Persönlichkeiten das traurig, berühmte Manifest «Heim ins Reich.»

Erste Reaktionen

In derselben Zeit hatten sich allerdings auch einige andere Ereignisse zugetragen. Diese waren damals nicht so offiziell, wie die des deut-

schen Aggressors. In den Kreisen der jungen Luxemburger, in den Schulen und in den Lehrlingswerkstätten begann mit dem Tag des Einmarschs der deutschen Truppen in Luxemburg der Widerstand. Wie zu allen Zeiten, so waren auch die damaligen Jugendlichen unbefangen, unbeschwert von jeglicher, eigener Erfahrung. Draufgängerisch waren sie ebenfalls. Im Verborgenen wurde mit Schuhnägeln und Taschenmessern operiert, was zur Folge hatte, daß manch motorisiertes Fahrzeug wegen Reifenschaden in seiner stürmischen Fahrt nach Westen aufgehalten wurde. Die Fälle, in denen deutschen Soldaten die Handfeuerwaffen abhanden kamen, waren ebenfalls keine Seltenheit. Das waren zwar keine großartigen Resistenzakte. Sie zeigen aber immerhin unzweideutig, daß der Widerstandsgeist nicht gezüchtet, sondern spontan von Anfang an bei den Jugendlichen vorhanden war. Diese Feststellung ist wichtig, möchte man das Benehmen und das Verhalten der jungen Luxemburger in den nachfolgenden Jahren der Okkupation begreifen, richtig auslegen und einschätzen.

Sehr großzügig war aber auch die Hilfe der Jugendlichen, die sie den Evakuierten der Minettegegend zukommen ließen. Das war sicherlich eine gute Aktion, wurde aber später nicht dementsprechend gewürdigt.

So schälte sich, zum Beispiel, aus den Scout-Kreisen das heraus und formierte sich das, was später die «Resistenz» werden sollte.

Als am 4. Dezember 1940 die Soldaten der luxemburgischen freiwilligen Kompanie nach Weimar, in Deutschland, verschleppt wurden, hatten bereits viele Luxemburger vor ihnen den Weg nach dorthin antreten müssen. Aufgrund ihrer patriotischen, echt luxemburgischen Haltung waren sie schon vor jenem Zeitpunkt für die deutsche Zivilverwaltung *untragbar* geworden. Sie waren entweder «dienstverpflichtet» worden, oder sie befanden sich in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern. Wohin denn auch später die «politisch nicht Zuverlässigen» hinwanderten.

In engeren Kreisen wurde aber auch fieberhaft nach Mitteln und Wegen gesucht, um sich zu den Alliierten zu schlagen. Allerdings begegnete man auf diesem Gebiet und zu solch früher Stunde fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. Ins Ausland fliehen, so wie es der Regierung teilweise gelungen war, war nun ein risikoreiches Unterfangen, mit wenig Aussicht auf Erfolg.

Die in Luxemburg ansässigen Juden wurden eifrig von den Deutschen verfolgt. Ihnen erging es ausgesprochen dreckig. Sehr wenige entgingen der Gestapo. Es waren denn auch nur sehr wenige, die den letzten Krieg überlebten.

So weit für den Anfang. Es bliebe allerdings noch sehr Vieles zu sagen, gerade über die ersten acht Kriegsmonate in Luxemburg. Aber auch die nachfolgende Zeit war ereignisschwanger. Und es gilt auch über sie zu berichten.

Ein erstes Kriegsverbrechen

Den freiwilligen R.A.D. führten die Deutschen am 12. Februar 1941 in Luxemburg ein. Obligatorisch wurde er durch Verordnung vom 23. Mai 1941 für die gesamte männliche und weibliche Jugend Luxemburgs. Mit diesem Datum war ein neues Moment, ein neuer Abschnitt der Germanisierung des Luxemburger Volkes eingeleitet. Die Eltern mit ihren Kinder sahen sich vor gewaltige Gewissenskonflikte gestellt. Und doch war es erst ein Beginn. Was nachfolgte war viel schlimmer.

War es bereits schwer gefallen, sich der Hitler-Jugend-Organisation zu entziehen, so hatte ein Nichtbefolgen des Stellungsbefehles zum R.A.D. direkt gefährliche Konsequenzen. Als dann verschiedentlich junge Luxemburger verschwanden, wurden von der deutschen Feldgendarmarie, der Polizei und der Gestapo großangelegte Fahndungen nach ihnen eingeleitet. So mancher Junge, der sich bereits in Sicherheit geglaubt hatte, wurde wieder eingefangen. Die Verweigerer wurden zu ungewöhnlich hohen Strafen verurteilt. Die ersten Familien und ihre Söhne bekamen die ganze Brutalität der Deutschen zu spüren. Diese Fälle waren den Deutschen ein willkommenes Anlaß, um eine großangelegte Einschüchterungskampagne zu starten.

Aber leider wurden diese Anzeichen des noch Bevorstehenden nicht mit dem Ernst aufgenommen und verstanden, den sie verdient hätten. Gewiß, manche Luxemburger machte sich ernste Sorgen. Im Allgemeinen aber sahen die Leute im R.A.D. keine böartige Angelegenheit. Vielerseits wurde die Meinung vertreten, der R.A.D. sei nichts sonderlich Schlimmes und schon garnichts Gefährliches. Es würde sicherlich keinem jungen Luxemburger Mädchen oder Jungen schaden, wenn er lernte mit dem Spaten umzugehen! Wenn es dabei bliebe, dann würde niemand etwas Außergewöhnliches zustoßen. Wer unter den Wölfen sei, müsse halt mit ihnen heulen!

Die Nichtbetroffenen hatten gut reden! Zu ihrer Entschuldigung kann man geltend machen, daß sie noch nicht begriffen hatten, wo die Deutschen hin wollten. Sie waren sich absolut im Unklaren über Sinn und Zweck des nationalsozialistischen Reichsarbeitsdienstes. Niemand wollte denen so recht Glauben schenken, die diese Formation sehr richtig als eine para-militärische bezeichneten. Die Deutschen selbst bezeichneten sie: Schule der Nation.

Die Eingliederung Luxemburger Bürger zum R.A.D. war das erste Kriegsverbrechen größeren Ausmaßes, das die Nazis in Luxemburg anrichteten. Und doch war es vorerst das Präludium des Kreuzweges, den die Zwangsrekrutierten zur Wehrmacht gehen sollten.

Und die Entwicklung nahm ihren Lauf. Am 10. Oktober 1941 kam es zum Referendum, den die Deutschen unter dem Vorwand einer allge-

meinen Volkszählung inszenierten. Auf drei Fragen: Staatszugehörigkeit, Muttersprache und Volkszugehörigkeit, welche in die Volkserhebungszettel eingebaut waren, hatten Luxemburgs Bürger mit einem dreifachen «letzeburgesch» geantwortet. Nach den ersten Auswertungen der eingesammelten Fragebogen erkannten die Herren Deutschen, daß sie eine prägnante Niederlage erlitten hatten. Alle Propagandatricks waren umsonst gewesen. Der Chef der Zivilverwaltung, Gustav Simon, ließ das ganze Unternehmen abblasen und erging sich in wutschnaubenden Wortausbrüchen.

Hatten die deutschen Potentaten dem Jahre 1941 in Luxemburg ihren Stempel aufgedrückt, so ist dasselbe Jahr aber auch durch die Aktivität im Verborgenen gekennzeichnet. Lang ist die Liste der Taten, die mutige Männer und Frauen im Untergrund vollbrachten. Mit bescheidenen Mitteln hatte der Kampf gegen den Usurpator eingesetzt. So wurden, um nur einige Beispiele zu erwähnen, Haken-Kreuz-Fahnen von ihren Masten gerissen und verbrannt; Flugzettel und Bilder der Großherzogin wurden heimlich verteilt; bei Sonnenaufgang, am 11. Oktober 1941, war das spanische Türmchen auf Drei-Eicheln, nahe dem heutigen Europa-Zentrum, rot-weiß-blau angestrichen worden; manche französische Offiziere und Soldaten, denen die Flucht aus den «Oflags» und «Stalags» in Deutschland gelungen war, wurden durch Luxemburg nach Frankreich geschleust.

Aber die Gestapo hatte ein waches Auge und machte viele sogenannte Untergrundtäter ausfindig und verhaftete sie. Aber auch Geiseln wurden festgenommen. Zahlreiche Luxemburger wurden zu übermäßig hohen Strafen verurteilt: Zwei, drei, vier, fünfhunderttausend Mark und noch mehr, je nach dem.

Zum ersten großen Schlag gegen luxemburgische Bürger holten die Deutschen aus am 4., 5. und 6. November 1941. Ungefähr 500 Personen wurden festgenommen und nach dem Konzentrationslager Hinzert gebracht. Die zu Beginn des Jahres 1941 gegründete Resistenzgruppe L.F.K. (Letzeburger Fräihétskämpfer) wurde fast vollständig zerstört. Ady Claude und Dominique Dondelinger, die dieser Gruppe als Leiter vorstanden, wurden am 12. Februar 1942 in Köln enthauptet.

Das zweite Kriegsverbrechen

Und damit sind wir mitten drin im düsteren Jahr 1942. In Rodingen, wo Gauleiter Gustav Simon am 3. Mai 1942 eine Rede hielt, erklärte er pathetisch, es wäre schlecht um das dritte Reich bestellt, wäre es auf die Luxemburger angewiesen, um den Krieg zu gewinnen. Knapp vier

Monate später, am 30. August 1942, dem «Schuëbersonndeg» fand auf Limpertsberg eine große Massenkundgebung statt. Es war der Generalappell der Volksdeutschen Bewegung. Vor 9.000 Teilnehmern, einem bunten Mischmasch speichelleckender Verräter und aus dem «Altreich» herangebrachten Deutschen sämtlicher nazistischer Organisationen und der Wehrmacht dekretierte derselbe Gustav Simon die Wehrpflicht für die luxemburgischen Jahrgänge von 1920 bis 1924. Die Jahrgänge 1925 und 1926 kamen später an die Reihe. Im Verlauf einer theatralischen Rede mit vielen Sieg-Heil-Rufen, verlas er:

1. die Anordnung über die Staatszugehörigkeit der Luxemburger,
2. die Verordnung über die Wehrpflicht in Luxemburg,
3. die Anordnungen über wehrpflichtige Jahrgänge in Luxemburg.

All drei Erlasse waren auf den 30. August 1942 datiert.

Während am 31. August 1942 die in Luxemburg zugelassenen Zeitungen in großen Lettern über den «entscheidungsvollen Tag der Geschichte Lützelburgs» berichteten, den «brausenden Beifall» der 9.000 Kundgebungsteilnehmer selbstverständlich gehörig hervorstrichen, war von den «andern» Luxemburgern zum Generalstreik aufgerufen worden. Am 1. September 1942 veröffentlichten dieselben Zeitungen folgende Verordnung:

*Bezahlte
Feindagenten am Werk
Ziviler Ausnahmezustand über Esch verhängt
Standgericht eingesetzt
Todesurteile werden durch Erschiessen vollstreckt
Bezahlte Feindagenten haben es in Schifflingen unternommen zum
Streik aufzufordern. Ein Teil der Belegschaft hat dieser Aufforderung
Folge geleistet. Auf Grund dieser Tatsache habe ich daher für den Bereich
der Stadt Esch den zivilen Ausnahmezustand verhängt und ein Standge-
richt eingesetzt. Die Todesurteile des Standgerichtes gegen Streikende,
gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben, werden sofort durch Erschie-
sen vollstreckt.*

Luxemburg, den 31. August 1942.

*Der Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg
gez. Gustav Simon, Gauleiter*

*Verordnung
über die Verhängung des zivilen Ausnahmezustandes vom 31. August
1942.*

*Auf Grund der dem Chef der Zivilverwaltung erteilten Ermächtigung
wird für dessen Bereich verordnet:*

Einzigster Paragraph

Ueber den Bereich der Stadt Esch wird mit sofortiger Wirkung der zivile Ausnahmezustand verhängt und ein Standgericht eingesetzt.

Luxemburg, den 31. August 1942.

*Der Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg
gez. Gustav Simon, Gauleiter*

Streik in den Betrieben: Zahlreiche Luxemburger waren verhaftet worden. Zwanzig davon wurden sofort erschossen. Eine Person, deutscher Abstammung, wurde in Köln enthauptet. Nur das Einschreiten der Reichsregierung rettete viele andere vor der Hinrichtung.

Streik in den Schulen und Lehrlingswerkstätten: Zu Hunderten wurden Luxemburgs Jugendliche nach Deutschland in Straflager geschleppt. Erwähnt seien die Lager Stahleck und Ruwer für die Jungen und Adenau für die Mädchen.

Brutal und blutig war der Streik von den nazistischen Machthabern niedergeschlagen worden. Die Weltöffentlichkeit widmete ihm Schlagzeilen in den Zeitungen. Er hatte die Bewunderung der freien Nationen ausgelöst gegenüber den mutigen Luxemburgern. Aber all das half den Betroffenen recht wenig. Niedergeschlagen, vor verhaltener, innerer Wut beinahe platzend, mußte trotz allem die Bevölkerung zusehen, wie am 18. Oktober 1942 ein erster Zug mit 2000 jungen Luxemburgern unter strengster Bewachung die Hauptstadt verließ, um sie einem mehr als ungewissen Schicksal entgegenzuführen. An dessen Ende stand für viele, wie wir noch sehen werden, der Tod.

Die Eltern, die Verschleppten, wie ihre ganzen Familien wurden im Zusammenhang mit der Zwangseinziehung vor kapitale Entscheidungen gestellt. Von gewaltigen Gewissenskonflikten wurden sie hin- und hergerissen. Alle Betroffenen hatten zu entscheiden, entweder die Familie gegen den oder die Söhne, oder umgekehrt, der Sohn gegen die ganze Familie. Für sie alle galten die nationalsozialistischen Bestimmungen über Sippenhaftung, neben den sowieso in Kriegszeiten strengeren Militärbestimmungen. Zwanzigtausendmal stellten sich diese Gewissenskonflikte, und sie wiederholten sich 10, 20 oder 100 Mal, d.h. jedesmal wenn sich dem Verschleppten eine Gelegenheit bot, seine eigene Haut zu retten. Jedesmal gab es die Alternative des eigenen Opfers oder desjenigen der Familienangehörigen.

Ueber alle juristischen und moralischen Fragen, welche die Maßnahme der deutschen Potentaten im Zusammenhang mit der völkerrechtswidrigen Verordnung über die Wehrpflicht für Luxemburger aufwarf, hat Me Georges Nonnenmacher, Wissenschaftler für internationales Recht und juristischer Berater der internationalen «Fédération des victimes du nazisme, enrôlés de force» ein beachtenswertes Buch geschrieben. Es trägt den Titel: «La grande honte» (Die große Schande).

In welchem Maße und wie sich Luxemburgs Bevölkerung gegen das Einziehen seiner Jugend zum deutschen Wehrdienst zur Wehr setzte,

geht eindeutig aus der Tatsache hervor, daß nahezu 4000 Familien oder Mitbürger mit der «Médaille de la reconnaissance Nationale» ausgezeichnet wurden. Mit dieser Auszeichnung wird die Anerkennung und der Dank des Großherzogs und der ganzen Nation an solche Familien oder Personen zum Ausdruck gebracht, welche in den Jahren des Krieges 1940-1945 den «Enrôlés de force» in irgendeiner Weise geholfen haben, sich dem Zugriff der deutschen Besatzungsmacht zu entziehen, indem sie sie im Lande versteckten oder ihnen zur Flucht ins Ausland halfen. Hinter diesem Zeichen des öffentlichen Dankes steht still im Verborgenen die eindrucksvolle Summe uneigennütziger Dienste, geleistet unter Einsatz des eigenen Lebens und dem der Angehörigen. Durch ihre mutige Handlungsweise wurde ein Teil Nationalgut erhalten, in diesem Falle, wertvolles, junges Menschenleben. Damals wurde tatsächlich Großartiges geleistet. In anbetracht der zu jener Zeit herrschenden Zustände, – die Deutschen und ihre niederträchtigen Kollaborateure waren sozusagen omnipräsent, – erscheinen diese heroischen Leistungen im schönsten Licht der angewandten Nächstenliebe.

Das große Dilemma

Wie auch immer nun die jeweilige Entscheidung in einer nahezu ausweglosen Situation gefallen war, die Angehörigen der betroffenen Jahrgänge haben dem Volk und Land Luxemburg hohe Dienste geleistet. Ganz gleich wohin sie das Schicksal verschlagen hatte, überall taten sie ihre Pflicht. Sie hatten zu keinem Zeitpunkt resigniert. Und gerade darüber wurde den Luxemburgern selbst weniger bekannt als beispielsweise den Deutschen. Die Taten und Resistenzakte, vollbracht von diesen jungen Menschen, ehren sie in hohem Maße. Was sie taten, geschah nicht in Erwartung ruhmreicher Ehrungen, etwa nach dem Krieg. Ihnen ging es darum, den infamen und infekten Aggressor zu bekämpfen, die geraubte Freiheit wiederzuerlangen. Und gerade das taten sie mit den Mitteln die ihnen zur Verfügung standen. Für solch hohe Ideale waren sie bereit das größte Opfer zu bringen, das ihres Lebens.

Dies ist auch ein Teil der rezenten Zeitgeschichte Luxemburgs.

Ein anderer Aspekt der Zwangsrekrutierung, bestand im möglichst schnellen Verschwinden aus den militärischen und para-militärischen Einheiten des deutschen Heeres, in welche die jungen Luxemburger hinein gezwungen worden waren. Den Weg in die Freiheit suchen und finden, und das meist ganz alleine, war immer eine sehr schwierige Angelegenheit. So suchten Luxemburgs Jugendliche, ohne daß ihnen jemand auch nur

einen Ratschlag hätte geben können, zu den Alliierten zu gelangen. Und zwar geschah das in allen Teilen Europas, ja, sogar in Nord-Afrika.

Durch das besetzte Belgien und Frankreich versuchten sie über Spanien und Portugal nach England zu gelangen. Der Weg durch Spanien war so gefährlich, daß die meisten, denen das Ueberqueren der Pyrenäen gelungen war, im Lager Miranda bei Madrid landeten und nur sehr schwer und nach längerem Aufenthalt von dort fort kamen.

Andere waren aktiv gewesen in der «Armée blanche» und im französischen »Maquis«. Sie befanden sich unter den tschechischen, polnischen, jugoslawischen und den russischen Partisanen. Aus der Wehrmacht suchten und fanden sie zu Tausenden das Weite. In vielen Fällen allerdings gingen sie in den Tod, deutsche Kugeln im Rücken. Denn eine solche Flucht hing von Vielem ab.

Es gab leider dann auch nur allzu viele Jungen, die regelrecht vom Pech verfolgt waren. Sie waren den Deutschen wieder in die Hände gefallen. Hoch, sehr hoch ist die Zahl derer, die zu sehr hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Erschreckend ist aber auch die Zahl der wegen ihrer patriotischen Haltung hingerichteten Zwangsrekrutierten. Und wären alle sogenannten «fahnenflüchtige» Luxemburger wieder eingefangen worden, gäbe es recht wenige überlebende Angehörige der Jahrgänge 1920 bis 1927. Denn Gauleiter Gustav Simon zufolge sollte «kein fahnenflüchtiger Luxemburger den Krieg überleben.»

Und man darf schon sagen: Welch ein Glück, daß der Wunschtraum dieses potenziellen, deutschen Schreibtischmörders nie Wirklichkeit wurde.

Es muß aber dennoch ausdrücklich festgehalten werden, daß in allen Fällen des Wechsels vom deutschen Feind zu den alliierten Freunden, der Weg ins Ungewisse führte. Es waren immer schwierige, leidvolle und mit allen erdenklichen Widerwärtigkeiten und Gefahren besäte Wege, die in die erhoffte Freiheit führten. Der Trieb: Weg von Preussens! beseelte alle. Von dort, wo eine wirkliche Hilfe zu erwarten war, und zwar von der luxemburgischen Exil-Regierung, die sich in London aufhielt, kam die allerwenigste. Dieses Kapitel der luxemburgischen Geschichte von 1940 bis 1944 einschließlich, ist das düsterste, das undurchsichtigste und, so weit nach einigen wenigen Fakten zu schließen, in mehr als einer Hinsicht auch das traurigste.

Unterbliebene Hilfeleistung

Mit absolut billigen Parolen wurden die sich heldenhaft gegen den deutschen Aggressor zur Wehr setzenden Luxemburger gefüttert. Große

Illusionen wurden in ihnen geweckt durch Parolen, wie: «Haalt hinnen de Bass, dir sit hinnen geschwönn lass!» Oder: «Jongen, laaft iwer!», um nur diese beiden zu erwähnen. Wie nichtsbedeutend sie waren, geht nur allzu deutlich aus dem hervor, was Henri Koch sagte. In welcher lebensgefährlichen Lage all diejenigen Luxemburger sich hineinmanövrierten, die den Slogans der Regierung Glauben schenkten und danach handelten, dafür zeugen die zahlreichen Todesopfer.

Die Wege aus dem damaligen Dilemma, weg von den Deutschen, die unsere größten Feinde waren, waren nicht nur gefährlich, nicht nur beschwerlich, sondern sehr oft todbringend. Wem das «Ueberlaufen» gelang, hatte sehr viel Glück! Es war keine so «flotte Reise», wie es oft von solchen Menschen hingestellt wurde, u.z. nach dem Krieg, die nicht den Dunst einer Ahnung haben, was dem Einzelnen abverlangt wurde, welche ungeheuren Risiken er sich aussetzte. Der Schreiber dieser Zeilen hatte sich auch nach England durchgeschlagen. Mit vielen andern Schicksalsgefährten ärgerte er sich dort über die Exil-Regierung und ihre sträfliche Inaktivität. Aber damals wußte niemand von ihnen, daß sie eine Belastung für die Exil-Regierer darstellten. Letztere sahen in ihnen keine Hilfe für die Regierung und für die Befreiung des Großherzogtums vom Nazi-Joch.

Als Beispiel für die Inaktivität der Exil-Regierung, die folgende Episode:

Eine Gruppe junger Luxemburger, besonders solche welche sich im Kampfgebiet bei Nettuno-Anzio (Italien) am 20. Januar 1944 zu den Engländern durchgeschlagen hatten, gelangten im März 1944, nach den unvermeidlichen Zwischenstationen in ein Kriegsgefangenenlager, das am Fuße des «Pikes Peak», einem Berg im Staate Colorado (Vereinigte Staaten von Amerika) lag. Nach langem Hin und Her, wurden diese Luxemburger über den Atlantik geschafft und erreichten England, wo sie im April 1945, vierzehn Monate nach ihrem «acte de résistance», in das Kriegsgefangenenlager Knutsfort bei Manchester eingeliefert wurden. Nun saßen sie wiederum hinter Stacheldraht und das, obschon sie viele Monate vorher, in Amerika, sich zu den «Belgian Forces» freiwillig gemeldet hatten, die in England stationiert waren, und denen die meisten Luxemburger Jungen angehörten. Ihre Einstellung in diese Einheit hatten sie ebenfalls in den Staaten unterschrieben. Erst am 8. Mai 1945, – der Krieg war vorbei, – durften sie dann den so sehr begehrten «Battle-dress» überziehen. Es dauerte dann nochmals bis zum September 1945, ehe sie wieder luxemburgischen Boden betreten durften. Ihr nachträglicher Kommentar: «Wir waren Esel!»

Wenn solches im Westen geschah, dort wo sich die Exil-Regierung aufhielt, um wieviel elendiger sah es dann im Osten aus! Zu tausenden hatten diejenigen, für die es keine andere Wahl und keinen anderen Ausweg gegeben hatte, als zwangsrekrutiert zu werden, den Parolen aus

London folgeleistet, waren «übergelaufen». Nun befanden sie sich in russischen Kriegsgefangenenlager. Dort begegneten so manche gerade den Deutschen, von denen sie erst kurz vorher abgehauen waren. Nach deutschem Recht, waren diese «Deserteure» vogelfrei und bei Ergreifen waren sie zu erschiessen. Sie hatten ihr Leben verwirkt. Da nun aber die Deutschen in den Lagern tonangebend waren, spielten sie sich auch dort noch als die Herren über Leben und Tod auf. Mit dem «Ueberlaufen» war für gar manchen luxemburgischen Jungen anstatt besser, alles viel schlimmer geworden. So ist denn auch die Zahl derer unbekannt geblieben, die bei dem sogenannten «Ueberlaufen» und später in den Gefangenenlager den Tod fanden.

Im russischen Kriegsgefangenenlager bei Tambow sassen 1004 junge Luxemburger fest. Auch sie waren auf den Aufruf der Exil-Regierung hereingefallen. Monatelang warteten und hofften die einen, jahrelang die andern. Ihre Lage war ausgesprochen schlecht. Sie waren unterernährt, von allen möglichen Krankheiten befallen, ohne Medikamente, vielfach ohne die elementarste medezinische und klinische Behandlung. Die tägliche Todesrate erreichte 50, aber nie weniger als 30 Tote. Ein Kontingent Elsaß-Lothringer wurde von französischen Militär-Autoritäten aus dem Lager befreit. Die Luxemburger aber, sie mußten bleiben. Ihre Landsleute, welche in der vielgerühmten und gepriesenen Freiheit waren, haben nicht geholfen. Für sie trat auch nach dem 10. September 1944 keine Besserung ein, als Luxemburg bereits vom Nazi-Joch befreit war. Darob stellte sich bei ihnen der moralische Tiefpunkt ein, welcher einer ganzen Reihe den Tod brachte. Als sie 14 Monate nach der Liberation dann doch endlich in Luxemburg eintrafen, hatte sich ihre Zahl um 210 verringert, und die Rückkehrer waren nur mehr ausgemergelte Gestalten.

Wer Schuld an all dem ist?

Darauf hat die Geschichte eine präzise Antwort. Keine Schuld trifft den einfachen Mann im Volk. Die überwältigende Mehrheit aller Luxemburger hatte nicht einmal den Dunst einer Ahnung von dem Tambower Lager. Hunderte von Familien waren, bis kurz vor dem Eintreffen ihrer Söhne in der Hauptstadt, in vollständiger Ungewißheit über deren Verbleib. Die Schuld trifft einzig und allein die Minister der damaligen Regierung. Ihnen war der Aufenthalt von Luxemburgern im Kriegsgefangenenlager Tambow bekannt. Diese Tatsache ist einwandfrei bewiesen. Es war ihre Pflicht, allen Luxemburgern beizustehen, ihnen zu helfen, wenn sie sich in Lebensgefahr befanden. Das umso mehr, als es sich im vorliegenden Fall um solche Personen handelte, denen die Regierung nicht nur geraten, sondern gedroht hatte, wer bei «Preussens» verbleibe, der würde nach Kriegsende als Kollaborateur behandelt werden.

War diese Gruppe ungewöhnlichen und unnütz langen Härten ausgesetzt gewesen, so gilt das Gleiche für die meisten aller anderen Luxemburger, die den «Preisen de Bass» gehalten hatten, denunziert, wegen eines

«fahnenflüchtigen» Zwangsrekrutierten oder wegen irgend einer Resistenzertätigkeit von der Gestapo verhaftet, in Gefängnisse und Konzentrationslager geschleppt worden waren.

Fazit

Wenn niemand je mit dieser Exil-Regierung abrechnete, sie niemals ihre Karten aufdeckte, keinen Rechenschaftsbericht über ihre Aktivität und ihre Finanzen während ihres Aufenthaltes in Kanada, in Amerika und in England vorlegte, wenn sie nie zur Verantwortung gezogen wurde, dann rechnet eines Tages die Geschichte mit ihr ab. Eine direkte Herausforderung hierfür ist die übermässig hohe Zahl der Kriegstoten, die vielen Leicht- und Schwerverwundeten, die Kriegsinvaliden, die vielen Kranken und schließlich die gewaltigen Opfer junger, aufrichtiger Luxemburger.

In diesem Zusammenhang ist an die, für sich selber sprechenden Zahlen zu erinnern, so wie sie sich nach den letzten Erhebungen ergeben haben, welche die «Association des enrôlés de force, victimes du nazisme» mit aller Sorgfalt vor geraumer Zeit durchführte.

Durch die deutschen Mobilisierungsverordnungen waren
15.465 männliche und

13.343 weibliche Personen in Luxemburg visiert worden. Zusammen also:

28.808.

An Kollaborateuren, Freiwilligen in der Wehrmacht und der SS, Wehruntauglichen und im Kindesalter gestorbenen Angehörigen der Jahrgänge 1920 bis 1927 gab es 2.080. Eintausendzweihundert Jungen hatten sich der Wehrpflicht von Anfang an entziehen können. Im Laufe der Jahre 1943 und 1944 gelang weiteren 2.300 die Flucht aus der Wehrmacht.

Wirklich waren in der Wehrmacht	10.216	
im R.A.D.	826	
im KHD	129	männlichen Geschlechts
Weiter waren im RAD und im KHD	3.372	„ „
	232	weiblichen Geschlechts
Zusammen	14.775	junge luxemburger

An den Fronten kamen unterschiedlicher Weise	1 502	Jungen um;
hingerichtet wurden deren	253	"
gestorben an Privation sind	328	Jungen und
	12	Mädchen
 An den Folgen von Verwundungen starben	 83	 Jungen und
	33	Mädchen.
 Zusammen	 <u>2.211</u>	
Vermißt gewesen sind	1.379	

Nach dem Krieg fehlten also 3.590 Luxemburger der alleinigen Jahrgänge von 1920 bis 1927. Die Zahl der Vermißten wird heute noch mit 108 angegeben. Das erklärt sich daraus, daß 27 Jahre nach Kriegsschluß, die meisten dieser Vermißten offiziell für tot erklärt worden sind.

Die Gesamtzahl der Menschenverluste, die Luxemburg zu beklagen hat, ist selbstverständlich höher. Zur Zahl der toten Zwangsrekrutierten sind all diejenigen hinzuzuzählen, die in den alliierten Armeen fielen, die hingerichtet worden sind, die in den Konzentrationslagern und in der Umsiedlung ums Leben kamen.

Abschließend muß der erschreckend hohen Zahl der Todesopfer im Großherzogtum, welche um 4.400 schwankt, diejenige der Verwundeten, der Invaliden und der Kranken hinzugefügt werden. Diese Zahl ist niemand im Stande auch nur annähernd anzugeben. Sie ist jedenfalls um ein Vielfaches höher als die der Todesopfer.

Ob all das Vorangegangene, – womit keineswegs der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird, – eine Lehre ist für die Gegenwart und die Zukunft? Es wäre innigst zu wünschen.

Vortrag von Francis STEFFEN

Meine Damen und Herren.

Meine eigentliche Aufgabe im Rahmen dieser Vorträge besteht darin, Schlußfolgerungen aus dem Gesagten zu ziehen. Doch bevor ich dies tue, will ich mich kurz mit dem Eindruck befassen, der, nach den bisherigen Ausführungen, bei diesem oder jenem von Ihnen entstanden sein mag: Hier würde gegen die damalige Regierung Prozeß geführt und nur Negatives über sie berichtet.

Dieser Prozeß soll hier geführt werden; das gestehen wir gerne zu. Aber es soll in aller Objektivität geschehen. Wir berufen uns auf Tatsachen, auf erwiesenes Geschehen, auf Dokumente und zuverlässige Zeugenaussagen. Denn nur so entsteht wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung.

Ohne Zweifel haben die damaligen Regierungen manches geleistet, das Anerkennung verdient, und niemand wird ihnen dies bestreiten. Aus zwei Gründen können wir jedoch darauf verzichten, diese Verdienste hier noch einmal hervorstreichen:

1. Weil es schon zu gegebener Zeit seitens der damaligen Regierungen, sowohl mündlich wie auch schriftlich, in überreichem Maße geschehen ist;
2. Weil die Untersuchung unserer jüngsten Geschichte, aus der Sicht der Entwicklung des Nazismus hierzulande bis zu unserer Zwangsrekrutierung mit ihren Folgen, uns kaum erlaubt, Positives über unsere offiziellen Gremien zu berichten.

Zum Beweis will ich näher auf einige Hauptpunkte, die meine Vordner schon erwähnt haben, aber aus Zeitgründen nicht vertiefen konnten, eingehen und meine Schlußfolgerungen ziehen.

Offizielle und private Initiative

Wie wir erfahren haben, versuchte die Nazibewegung schon seit 1933 in unserem Lande Fuß zu fassen. Desgleichen haben wir vernommen,

daß dieses Bestreben von Anfang an bekämpft wurde. Letzteres ging aber keineswegs von offizieller Seite, etwa von unserer Regierung aus, sondern vielmehr von Privatleuten, die sich der Gefahr bewußt waren, die über Land und Volk schwebte. Dies muß klar und deutlich festgehalten werden: Der Widerstand gegen das Hitlertum war hier in Luxemburg *immer und nur* das Werk von *Privatleuten*. Unsere staatlichen Instanzen, insbesondere unsere damaligen Regierungen, hatten daran keinen Anteil. Man wäre sogar eher geneigt zu behaupten, – Zitate von Henri Koch haben es deutlich bewiesen – unsere Regierungen hätten dem Nazismus wenigstens eine Zeit lang Unterstützung gewährt.

Ihr Verhalten änderte sich nicht einmal wesentlich bei Ausbruch des Krieges. Auch in diesem Augenblick gaben unsere Exilpolitiker kaum Impulse zum Widerstand. Im Gegenteil! In der freien Welt zogen sie sogar reichen Nutzen aus den Leistungen, die das Volk in der Heimat vollbrachte. Hier sei nur an das Referendum von 1941 und an den Streik von 1942 erinnert! Der Streik insbesondere fand stärksten Widerhall in allen alliierten Ländern, sowohl in Amerika als auch in Rußland, und verschaffte unserer Exilregierung bei den Alliierten größtes Ansehen.

Man wird mir jetzt vielleicht entgegenhalten, unsere Exilregierung hätte uns doch von London aus zum Ueberlaufen nach England ange-regt. Dies sei doch positiv zu bewerten.

Einverstanden! Doch wie lautet das Luxemburger Sprichwort?

«Schwätzen ass ké Geld!»

Wie soll man nämlich auf diese Ueberlaufparolen hin die Bemerkung unseres damaligen Außenministers Joseph Bech verstehen: «A waat maachen ech mat déne sëllechen Letzeburger hei zu London?»

«Schwätzen ass ké Geld!» Dieser Spruch gilt auch für die sogenannte «Ligne Vic», die, von unserem damaligen Justizminister Victor Bodson ins Leben gerufen, Refraktäre durch Frankreich, Spanien und Portugal nach England durchschleusen sollte. Man frage doch einmal diejenigen, deren Weg in das berühmte «Camp Miranda» in Spanien führte, was sie von dieser Hilfe spürten!

Hier sei auch das Telegramm in Erinnerung gerufen, das Herr Bech von London aus an das holländische Rote Kreuz in Lissabon sandte: «Cessez tout secours aux Luxembourgeois»!

René Blum's Idee

In diesem Zusammenhang sei noch eine andere Tatsache hervorgestrichen: Unser offizieller Vertreter in Moskau war seit 1942 Herr René Blum. Kurz vor seinem Tode bestätigte er mir im Freundeskreis folgendes:

Herr Blum wollte versuchen, die Luxemburger, die in deutscher Uniform in russische Gefangenschaft geraten waren, aus den Gefangenenlagern zu befreien, indem er sie bewegen wollte, sich freiwillig in die russische Armee zu melden. Bevor er den Russen diesen Vorschlag unterbreitete, wollte er die Erlaubnis von seinem vorgesetzten Außenminister Bech in London einholen. Die Erlaubnis wurde ihm schriftlich verweigert mit dem Hinweis, für diese «Jungen» entfielen dann der Schutz der Genfer Konvention, und sie könnten ohne Weiteres hingerichtet werden falls sie erneut in deutsche Hände fielen.

So weit, so gut! Wie aber soll man die Tatsache verstehen, daß jene Zwangsrekrutierten, die später in London in die luxemburgische «Batterie» eintraten, durch ihre Unterschrift ausdrücklich erklären mußten, sie verzichteten auf die Vorteile der Genfer Konvention?

Wurde hier vielleicht der Versuch unternommen, die Resistenz für unsere offiziellen Londoner Kreise zu monopolisieren?

Vielleicht erfahren wir eines Tages mehr darüber, wenn die Mitglieder der Regierung, die noch am Leben sind, ihre Memoiren veröffentlichen. Sie dürfen sich dann allerdings nicht auf die offizielle Version der damaligen Ereignisse beschränken.

Was kostet ein Exil?

Ein weiterer Punkt, der eine Erklärung verlangt, betrifft die finanzielle Bilanz des Regierungsaufenthaltes jenseits des großen Teiches – nicht nur in England, sondern auch in den USA und in Kanada. Was wir bis zur Stunde darüber vernommen haben, ist reichlich wenig.

In der Kammersitzung vom Dienstag, 13. August 1946, also zwei Jahre nach der Befreiung, stellte der Deputierte Robert Schaffner die Frage, wann die Regierung Aufschluß zu geben gedenke über ihren Aufenthalt in der Fremde. Die Antwort des damaligen «Premier» Pierre Dupong lautete:

«Précisons d'abord cette question. On n'est pas en présence en ce moment du même gouvernement qui existait à Londres. Nous sommes en présence d'un gouvernement nouveau, et ce gouvernement nouveau comme tel, ne pourra pas rendre compte de la gestion que le gouvernement précédent a eue à Londres et ailleurs à l'étranger.»

Man darf wohl ohne Uebertreibung behaupten, durch diese Begründung habe Herr Dupong es sich und seinen Freunden sehr leicht und einfach gemacht.

Der Vollständigkeit halber will ich aber nicht versäumen, zu sagen, daß Herr Dupong doch einmal eine Art «Abrechnung» über jene Gestion vorlegte. In einem Kammerbericht sind 8 Punkte festgehalten, die, so Dupong, die wesentlichsten Ausgaben der Kriegsjahre darstellen.

Viel ist mit diesen Zahlen nicht anzufangen. Sie sind nämlich in verschiedenen Währungen aufgeführt (Dollars, englische Pfunde und belgische Franken); außerdem fehlt uns der damalige Wechselkurs. Eines aber sei festgehalten – und dies ist von besonderer Wichtigkeit für die «enrôlés» und die «Anciens Combattants»: Der kleinste Betrag beläuft sich auf 300.000 belgische Franken. Und unter den angeführten 8 Punkten befindet sich kein Betrag für die Hilfe an jene Luxemburger, die der Naziherrschaft zu entkommen suchten.

Wir dürfen also schlußfolgern, daß für diesen Zweck weniger als 300.000 Franken ausgegeben wurden. Wahrlich nicht viel in einem Zeitraum von fast 4 Jahren! Und dies in einer Angelegenheit, die zur Hauptaufgabe unserer Exil-Regierung hätte gehören müssen!

Was hätte getan werden können?

Dabei wäre es relativ einfach gewesen, gerade auf diesem Gebiet Hilfe zu leisten.

Henri Koch hatte als erster Luxemburger, drei Monate vor unseren Ministern, London erreicht. Genau wie andere Flüchtlinge, denen der Sprung über den Kanal später auf eigene Faust gelang, hatte er festgestellt, daß das Wichtigste bei diesem Abenteuer darin bestand, im Besitz von guten Ausweispapieren zu sein. Dann konnte man so manche Schwierigkeit vermeiden und es blieben einem lange, gefährliche Verhöre, sowie gesundheitsschädliche Aufenthalte in Lagern, sei es in Frankreich oder in Spanien, erspart. Damals lautete das Sprichwort nicht: «Zeit ist Geld», sondern «Gute Papiere sind Zeit». Und Zeit konnte manchmal das Leben bedeuten!

Diese Erfahrungen wurden unseren offiziellen Vertretern in London, insbesondere Herrn Außenminister Bech mitgeteilt; leider blieben diese Schritte ohne Folgen. Für Herrn Bech waren «vun zwé Letzeburger zu London schon én zevill.»

Eine logische Entwicklung

Im Grunde genommen war dies eine logische Weiterentwicklung von gewissen Ereignissen aus den dreissiger Jahren.

Hier denke ich vor allem an den Gesetzentwurf zur «Aufrechterhaltung der politischen und sozialen Ordnung», das sogenannte «Maulkorbgesetz». Der geistige Vater dieses Verstoßes gegen die freie Meinungsäußerung war Herr Bech.

Mit Hilfe des «unordentlichen Ordnungsgesetzes» – ein Ausdruck, den Frantz Clement damals prägte – sollte 1934 in Esch-Alzette eine Schöffenratskrise gelöst werden. Erstmals war dort ein Kommunist – Zénon Bernard – Mitglied des Gemeinderates geworden. Bei den gleichzeitigen Kammerwahlen war er ebenfalls Deputierter geworden.

Seine Anwesenheit wirkte sich bei der Bildung des neuen Schöffenrates störend auf die Interessen gewisser Escher Lokalpolitiker aus. Um sich des Zénon Bernard zu entledigen, kam man auf die Idee, kurzerhand seine Partei zu verbieten. Dazu kam es allerdings nicht, da die Krise durch den Herauswurf des von den Escher Bürgern regelrecht gewählten Bernard «gelöst» wurde, ohne Verbot der kommunistischen Partei.

Die Angelegenheit war bereits in Vergessenheit geraten als Herr Bech – damals Staatsminister – seinen Gesetzentwurf zur «Aufrechterhaltung der politischen und sozialen Ordnung» wieder hervorholte und am 2. Mai 1935 der Kammer vorlegte. Wer hatte ihn zu diesem völlig unerwarteten Schritt verleitet, der ihn zwei Jahre später um den Staatsministerposten brachte?

Nach aufregenden und oft peinlichen Debatten wurde das ominöse Ausnahmegesetz von der Kammer angenommen. Als jedoch ruchbar ward, daß die Verordnung sich nur gegen Luxemburger richtete und nicht gegen reichsdeutsche Nazi-Organisationen angewandt werden konnte, kam es zu Protestaktionen in allen Teilen des Landes, besonders aber in der Hauptstadt und den Südgemeinden. Der Widerstand ergriff weite Volkskreise. So kam es zum Referendum vom 6. Juni 1937, nachdem Großherzogin Charlotte sich geweigert hatte, dem verfassungswidrigen Gesetz durch ihre Unterschrift Rechtsgültigkeit zu verleihen.

Unter dem Vorwand der Bekämpfung staatsfeindlicher Umtriebe und subversiver Gewaltmaßnahmen hatte der Rechtsparteiler Bech versucht, ein Ausnahmegesetz durchzuschleusen, das gegen die Grundrechte der Verfassung verstieß. Die Vorlage wurde von ihren Gegnern als Attentat auf die Freiheit bezeichnet. Das Kommunistenverbot war nur ein Täuschungsmanöver, hätte es doch in Wirklichkeit der Regierung Bech erlaubt, sich unliebsamer Kritiker durch Polizeimethoden zu entledigen. Mit der Bezeichnung «Kommunist» konnte jeder unbescholtene Bürger, der seine kritische Meinung frei äußerte, von den Regierenden gesellschaftlich und wirtschaftlich erledigt werden. Denn nicht nur die Freiheit der Luxemburger, auch ihr tägliches Brot konnte gefährdet werden.

Der Nazi-Propaganda aber wurde durch das Gesetz Vorschub geleistet. Goebbels lobte das «Maulkorbgesetz» in allen Tonarten und

empfahl es als nachahmenswertes Beispiel. Aus diesem Grunde schon mußte jeder aufgeklärte Luxemburger beim Referendum für die Ablehnung der geplanten Polizeimaßnahmen stimmen. Besonders als es bei den Nazis hieß: «Bech ist unser Mann», wie es in der «Neuen Zeit» zu lesen stand; dies im Mai 1937.

Der Volksentscheid vom 6. Juni 1937 erbrachte die Ablehnung des Gesetzes. Mochte das Ergebnis auch nur knapp sein (die Mehrheit betrug nur 1929 Stimmen), so können wir doch hier ebenfalls feststellen, daß es das Volk war, das die gesunde Initiative von sich aus ergriff, in diesem Fall sogar gegen seine Regierung zum Guten entschieden hat.

Der 10. Mai 1940

Eines der kritischsten Daten unserer jüngsten Nationalgeschichte ist mit Sicherheit der 10. Mai 1940, über das Freund Henri Koch bekanntlich ein wichtiges und erfolgreiches Buch schrieb. Heute soll dieses Datum jedoch von einem anderen Standpunkt her betrachtet werden.

Wie meine Vorredner schon bemerkten, ging nicht nur unsere Großherzogin ins Ausland, um den Deutschen zu entkommen, auch unsere Regierung verließ das Land. Ob das nun gut oder schlecht, richtig oder falsch war, diese Frage sei offengelassen, ist es doch unnützlich, Überlegungen darüber anzustellen, was sich beim Verbleib unserer Minister im Lande ereignet hätte.

Eine andere Frage jedoch müssen wir aufwerfen: Welche Vorkehrungen hatte die damalige Regierung getroffen, um den Fortgang des öffentlichen Lebens hiezulande während ihrer Abwesenheit zu gewährleisten?

Dazu vorerst die Erklärung des damaligen Staatsministers Pierre Dupong:

«Lorsqu'il fut informé, dans la nuit du 9 au 10 mai, de l'imminence de l'invasion, le gouvernement mit en exécution un plan mûrement réfléchi et préparé d'avance.»

Dieses Zitat entstammt dem Kammerbericht vom 20. März 1945. Daraus wäre zu schliessen, daß unsere Regierung Vorkehrungen für den Fall einer Besetzung des Landes getroffen hatte.

Worin bestanden nun diese Vorkehrungen?

Auch darüber gibt uns Herr Dupong in derselben Kammersitzung Auskunft, wenn er behauptet, das Verlassen des Landes sei von Anfang

an beabsichtigt gewesen. Desgleichen seien jene Maßnahmen, die zum Fortgang der Staatsgeschäfte in Abwesenheit der Regierung nötig waren, getroffen und an die zuständigen Stellen weitergeleitet worden.

Diese Behauptungen können aber kaum glaubwürdig sein, wenn sie gleichzeitig von zwei Männern zurückgewiesen werden, denen, nach den damaligen Ministern, die höchsten Stellen im Staat anvertraut waren. Es handelt sich um Herrn Albert Wehrer, Generalsekretär der Regierung und späterer Präsident der Regierungskommission, die in den ersten Kriegsmonaten die Geschicke unseres Landes leitete, sowie um seinen Stellvertreter, Herrn Regierungsrat Jean Metzdorff.

Herr Metzdorff antwortet auf die entsprechende Frage kurz und bündig, niemand habe je die geringste Spur solcher Vorkehrungen gefunden, und es werde auch nie eine solche gefunden werden. (Sacrifiés 8/68, Seite 22).

Herr Wehrer schrieb seinerseits am 1. Juni 1940 an unseren diplomatischen Vertreter Sturm in Berlin:

«Bei der überstürzten Abfahrt der Regierung hat die Regierung uns keine Instruktionen hinterlassen, weder schriftlich noch mündlich, wie ich überhaupt kein Dokument besitze, das die Absichten der Regierung bei ihrer Abfahrt klarlegt.»

Brauchten wir noch einen weiteren Zeugen zum Beweis, wie wenig die «Abfahrt» unserer Regierung vorbereitet war, so fänden wir ihn in der Person des Herrn Staatsministers selbst, wenn er, sich widersprechend, in der gleichen Kammersitzung vom 20. März 1945 erklärt:

«Lorsqu'à l'aube du 10 mai nous quittons la ville de Luxembourg, nous ne savions pas que notre première étape serait Paris. Nous avions compté avec la possibilité de nous arrêter à la frontière du pays.»

Wir dürfen also behaupten, daß dieser «plan mûrement réfléchi et préparé d'avance» keineswegs so gut überlegt und vorbereitet war, wie es nach Kriegsende dargestellt wurde. Woraus sich ergibt, daß die Fürsorge für diejenigen, die nicht vor den Deutschen flüchten konnten, also die große Masse unseres Volkes, ganz gewiß auch nicht bedeutend gewesen sein kann.

Herr Metzdorff hatte als Titel für seinen Geschichtsbeitrag, den er 1968 schrieb, die Frage gewählt: «Resistenzakt oder Flucht?» Die Antwort ergibt sich nach den voraufgegangenen Erwägungen wohl von selbst.

Eine inkonsequente Haltung

Man könnte sogar noch folgende Ueberlegung anknüpfen: Wenn unsere Regierung schon nicht im Lande blieb, um das Schicksal derer zu teilen, die sie vertreten sollte, nämlich das Luxemburger Volk im allgemeinen, dann hätte sie sich resolut auf die Seite der Alliierten schlagen müssen, d.h. sie hätte sich geschlossen, genau wie etwa die Holländer, nach London, sozusagen in die belagerte Festung begeben müssen. Durch einen solchen Akt hätte sie die Moral der Patrioten im besetzten Luxemburg wirksam gestärkt. Denn damit hätte sie ihren festen Glauben an die Niederlage des Nazismus und des Hitlertums öffentlich dokumentiert.

In der schwärzesten Stunde Englands und der freien Welt, als Goering mit der deutschen Luftwaffe 1940 seinen sogenannten «Blitz» gegen London richtete, war die luxemburgische Vertretung auf das denkbarste Minimum beschränkt: Nur zwei Minister weilten in London. Die übrigen waren mit ihren Familien und ihrem Anhang nach den USA und Kanada gegangen. Durch diese Handlung konnten sie wahrlich den Widerstandsgeist unseres Volkes nicht stärken. Daran vermochte auch der Aufruf über die BBC: «Haalt en de Bass!» kaum etwas zu ändern.

Im Sinne der Geschichtsschreibung

Meine letzte Schlußfolgerung könnte, im Grunde genommen, unseren drei Referaten als Ueberschrift dienen.

Wie schon anfangs bemerkt, mag der Eindruck entstanden sein, wir führten den Prozeß gegen unsere Exilregierung auf einseitige Weise. Ferner mag nun mancher glauben, wir wollten auch unseren Verantwortlichen aus den Nachkriegsjahren zu Leibe rücken und dabei nicht immer volle Objektivität bewahren, weil stets dieselbe Seite angegriffen wurde.

Ja, wir nannten vor allem die Namen Pierre Dupong, Joseph Bech, die frühere Rechtspartei und heutige CSV, sowie das «Luxemburger Wort.» Sie alle erschienen dabei nicht im allerbesten Licht. Dies will aber nicht sagen, wir hätten parteilich, ideologisch oder religiös einseitige Standpunkte bezogen. Wir haben versucht die Luxemburger Geschichte der jüngsten Vergangenheit so zu schildern, wie sie sich im Zusammenhang mit der Zwangsrekrutierung darbot. Falls die oben genannten Personen oder Institutionen dabei mehr in den Vordergrund getreten sind als andere, so liegt dies nur daran, daß sie in dieser Zeitspanne eine wichtige

re Rolle spielten. Unsere Kritik beschränkte sich übrigens nicht auf sie allein. Auch Andere waren an diesen Mißständen beteiligt. Und wir haben sie ebenfalls erwähnt, wenn vielleicht auch nicht so ausdrücklich. So bestand ja die Exilregierung aus den Kriegsjahren nicht nur aus den Herren Dupong und Bech; auch Pierre Krier und Victor Bodson hatten Ministerposten inne.

Was die Kommunisten betrifft, so hatten sie sich ihrerseits bis zum Tage, da Rußland 1941 angegriffen wurde, auf die Seite der Nazis gestellt, dies auf Grund des Nichtangriffspaktes, den Hitler 1939 mit Stalin abgeschlossen hatte.

Und das Kriegsschädengesetz aus dem Jahre 1950, das uns Zwangsrekrutierten noch heute zu schaffen macht, wurde von einer schwarzblauen Mehrheit votiert.

Wir hatten also keinen Grund, uns auf irgendeine politische Seite zu schlagen. Nur das Eine hat uns bei unseren Erläuterungen geleitet: Den Werdegang der Zwangsrekrutierten so darzustellen, wie er sich geschichtlich ereignete, und dabei vor allem jenes hervorstreichend, das bis heute, aus persönlichen oder politischen Ursachen, verschwiegen worden ist.

Genau das aber muß ebenfalls gesagt werden, will man die Geschichte vollständig und, vor allem, wahr darstellen. Auf jeden Fall wollen wir verhindern, daß, auf Kosten der historischen Wahrheit, nur *das* überliefert wird, was diesem oder jenem bequem und günstig erscheint, was diesen oder jenen zu einem bedeutenden Staatsmann oder gar zu einem großen Menschen werden läßt.

In diesem Fall – dies sei meine letzte Schlußfolgerung – wäre Geschichte nicht mehr Wahrheit. Sie könnte ihren primären Zweck nicht mehr erfüllen, der darin besteht, uns selbst und unseren Nachfahren die Gelegenheit zu geben, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen. Denn kommende Generationen sollen den Anzeichen einer neuen, ähnlichen Katastrophe nicht mehr so unerfahren und unvorbereitet gegenüberstehen wie wir, ihre Vorfahren.

Lassen Sie es mich mit ein paar Sätzen aus meinem «Rénert» ausdrücken, wo Finett, der Hund, Darsteller der Zwangsrekrutierten, folgende Ueberlegungen anstellt:

*En duecht un d'ége Kanner
A wollt et nîmols hun,
Datt déné vleicht dât selwegt
Un Onrecht géf gedun.*

De' sollten net so' tôpeg
We' Finn an d'Liewe gôn
An, o'ni et ze mierken,
En Neits vrum Adler stôn.

Hie wollt en dât erspueren,
Wât hien erlidden hât,
We' sech vru Muerd a Folter
So' muencherén entsât.

E wollt den d'An opdonken,
Datt Zéche géf erkannt,
Wann op en Neits Gefôr wär
Fir Bé'scht a Mönsh a Land.

Dokumentarischer Anhang

Geheimbefehl für Sonderkommandos (1. Panzer-Division)

«Geheime Kommandosache! ss Art Abt. 616. Briefb. Nr. 63.40.g.K. O.U. den 23. 4. 1940. Abschrift. Verfg. I. Panzer-Div. Ic. Nr. 76/40 g. Kdos. vom 18.4.1940.

- (1) Schon vor Y-Uhr befinden sich Sonderkommandos an folgenden Punkten:
 - (a) 2 Mann an der Straßenbrücke über die Alzette, hart südl. Ettelbrück;
 - (b) 3 Mann an der Eisenbahnbrücke über die Alzette und die Eisenbahnbrücke über die Wark (hart südl. Ettelbrück);
 - (c) 2 Mann an Straßenbrücke über die Sauer und Eisenbahn am Ortsausgang Ettelbrück;
 - (e) 2 Mann an der Eisenbahnbrücke über die Straße Ettelbrück-Diekirch (1000 m ostwärts Ostausgang Ettelbrück);
 - (f) 2 Mann an der Eisenbahnbrücke über die Sauer, hart südl. Diekirch;
 - (g) 2 Mann an der Straßenbrücke über die Sauer, hart südl. Diekirch;
 - (h) 4 Mann an der Stahltoresperre Ostausgang Diekirch (Bestehen noch fraglich);
 - (i) 4 Mann an der Stahltoresperre Moestroff.
- (2) Die Sonderkommandos haben die Aufgabe, Sprengungen und Zerstörungen zu verhindern, nicht aber Sperren zu beseitigen.
- (3) Die Sonderkommandos tragen Zivil. Sie führen Waffen, haben aber keinerlei Ausweispapiere. Sie geben sich zu erkennen: nachts durch grünes Licht, tags durch gelbes Taschentuch.
- (4) Falls Unklarheiten bei der Festnahme verdächtiger Personen bestehen, so sind sie umgehend der Div. Abt. Ic. vorzuführen.

- (5) Das Vorhandensein dieser Sonderkommandos des O.K.W. darf vorläufig nur gem. Bezugsverfügung bekannt gegeben werden. Es muß jedoch gewährleistet sein, daß bei Eingang des Stichworts jeder Angehörige der Div. über das Vorhandensein und die Erkennungszeichen des Sonderkommandos ins Bild gesetzt wird.»

Für die Richtigkeit
der Abschrift
Leutnant und Adjutant

Für das Divisionskommando
Der erste Generalstabsoffizier
I.V.

gez. Unterschrift.

(Durch einen alliierten Nachrichtendienst war der Geheimbefehl der 1. Panzer-Division der luxemburgischen Regierung in die Hände gespielt worden. Warum wurden keine Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um die in Frage kommenden Eisenbahn- und Straßenbrücken abzusichern? Auch die aus zwei Gendarmen und vier Soldaten der Freiwilligenkompagnie bestehende Wachmannschaft der Straßensperre von Möstroff blieb unverstärkt. Man hatte es anscheinend sogar unterlassen, sie auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Wiederum kamen Menschen leichtfertiger Weise ums Leben. Ein Transportunternehmer aus Bettendorf, Jean John, wurde auf der Stelle getötet. Die Gendarmen Henri Giver und Michel Schmitz erlitten schwere Verletzungen, wie auch der Soldat Joseph Ludwig.)

*

Chambre des Députés

(Séance du 27 novembre 1934)

M. Blum: Ce qui nous amène à la tribune, c'est le fait qu'à notre avis, la Constitution est en train d'être violée et que nous sommes en train de glisser sur la pente qui nous entraînera, le premier pas fait, fatalement vers un régime dictatorial.

Je maintiens mes reproches vis-à-vis de ces Messieurs du parti de la droite, qui eux ont discuté des théories qui sont bien pires que celles prônées par le parti communiste. Je vous en cite une seule. C'est dans le «Luxemburger Wort» du 18 septembre 1934: «Für eine Änderung des Wahlsystems käme vor allem die Ausschaltung aller Parteien mit unchristlichem und darum staatsfeindlichem Programm in Betracht. So willkürlich das klingt, an dieser Notwendigkeit wird keine wahre Reform vorbeikommen.»

(Bei der Auseinandersetzung über das Gesetz zur «Aufrechterhaltung der politischen und sozialen Ordnung» war René Blum der hauptsächlichste Gegenspieler von Staatsminister Bech. Er eröffnete den Kampf bereits in den Kammersitzungen vom 6. und 27. November 1934, als es um das Abgeordnetenmandat von Zénon Bernard ging.

Beim Referendum vertrat der Sozialist Blum den Standpunkt, daß die Arbeiterpartei nicht in der Lage sei, allein die erforderliche Mehrheit zu erreichen, um das Maulkorbgesetz zu Fall zu bringen. Da er sich nicht im eigenen Lager durchsetzen konnte, legte er am 8. April 1937, zwei Monate vor dem Volksentscheid, sein Mandat als Abgeordneter der Arbeiterpartei nieder, um mit Gleichgesinnten aller politischen Richtungen Aufklärungsversammlungen in den größeren Ortschaften des Landes abzuhalten.

Die knappe Mehrheit von 1929 Stimmen, mit der das von der Abgeordnetenkammer angenommene Gesetz durch das Referendum vom 6. Juni 1937 verworfen wurde, lieferte den Beweis, daß es der Solidarität aller freiheitlich gesinnten Bürger bedurft hatte, um den Anschlag gegen unsere verbrieften Rechte zu vereiteln. Ohne die selbstlose Haltung von René Blum wäre es wahrscheinlich zum entgegengesetzten Ergebnis gekommen, zum Verfassungsbruch. Bis jetzt sind jedoch seine Verdienste um die Wahrung unserer Bürgerrechte nicht genügend gewürdigt worden. Es ist an der Zeit auch in dieser Angelegenheit der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen, und einige Hüte von fremden Federn zu entblößen.)